

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 18693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonellszelle oder deren Raum 1.90 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonellszelle 7.50 Mt — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Parteien und die Regierungserklärung.

Berlin, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, haben nach der gestrigen Reichstags-Sitzung die meisten Fraktionen sofort Besprechungen abgehalten. Die Demokraten haben beschlossen, die Deutsche Volkspartei auszufordern, die Regierung zu unterstützen. Das soll in der Form geschehen, daß sie ihre Zustimmung zu einer Erklärung gibt, in der die Parteien der Regierung ihre Unterstützung bei der Durchführung des Ultimatums zusagen. Die demokratische Fraktion nimmt an, daß die Deutsche Volkspartei dieser Aufforderung Folge leisten wird. Sollte die Deutsche Volkspartei wider Erwarten der Erklärung nicht zustimmen, so werden die Demokraten ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen. Innerhalb der Deutschen Volkspartei scheint die Stimmung noch nicht geklärt zu sein. Gestern in den Abendstunden schien es, als ob die größere Mehrheit durchaus nicht geneigt sei, dem Kabinett bei der Durchführung des Ultimatums seine Unterstützung zu geben. Die Tages Rundschau, das Organ der Deutschen Volkspartei, schwieg sich deshalb auch heute morgen völlig über den Inhalt der Programmrede von Wirth aus.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen tagten gleichfalls gestern Abend, kamen aber zu keinem endgültigen Entschluß. Die drei Regierungsparteien werden heute vormittag um 12 Uhr eine Sitzung abhalten, in der sie die Formulierung der Erklärung vornehmen werden. Diese wird etwa den oben angebotenen Wortlaut haben. Dann wird man mit der Deutschen Volkspartei sowie mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Verbindung treten, um die parlamentarische Unterstützung des Kabinetts zu sichern.

Das Presse-Echo zu der Rede des Reichskanzlers Wirth ist im allgemeinen nicht ungünstig, wenn auch fast überall hervorzuheben wird, daß viele Unklarheiten in der Rede enthalten seien, vor allem in bezug auf die Steuerfragen. Das liegt aber daran, daß das Kabinett sich über die endgültige Durchführung der einzelnen Steuer- und sonstigen Finanzprojekte noch nicht einig ist.

Die Freiheit bemerkt zu der Rede des Reichskanzlers: Das Programm ist zwar recht umfangreich, aber nicht bestimmt und so klar, daß die Wähler der Regierung daraus zweifellos hervorgehen. Es ist eben der deutsche Versuch einer schwachen Regierung, die aus Bürgerlichen und Sozialisten besteht, die Unterstützung mehrerer Seiten zu gewinnen, und spiegelt deshalb die im Kabinett herrschenden widerstreitenden Ansichten und Interessen deutlich wider. Durchaus unzulänglich ist die Erklärung des Reichskanzlers über die politischen Absichten des Kabinetts. Von der Amnestie, diesem von dem größten Teil der Arbeiterklasse stürmisch geforderten Beweis, daß die Regierung gewillt ist, eine Politik der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und der Versöhnung zu ihr zu betreiben, war es wenigstens die Rede, wie von der Aufhebung der Sondergerichte. Ueber den wirtschaftlichen Teil des Programms schreibt die Freiheit: Die Erklärung sagte über die entscheidenden Fragen der Verteilung der Lasten auf die einzelnen Klassen der Bevölkerung manches treffende Wort, daß die bestehenden Klassen endlich ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend zu den Lasten beitragen müssen.

### Bayerische Umgehungsmanöver.

Unzweideutige Erklärungen des englischen und französischen Botschafters in München.

München, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Mit der Abgabe der Regierungserklärung ist die Entwaffnungs-Krise in Bayern keineswegs gelöst. Herr v. Raahr versucht jetzt, zwischen Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehre zu unterscheiden. Er steht auf dem Standpunkt, daß wenn die Entwaffnung durchgeführt ist (sie soll von der Einwohnerwehre selbst ausgeführt werden), die Auflösung der Einwohnerwehre nicht mehr notwendig sei. Die Einwohnerwehre glaube auch, daß durch Verhandlungen mit der Entente dieser Standpunkt durchgesetzt werden könnte, und sie arbeiten in der Zwischenzeit mit Hochdruck daran, die nicht angemeldeten Waffen, und das sind nahezu 150 000 Gewehre, eine große Anzahl Maschinen- und Handgewehre, nach dem bayerischen Oberland und womöglich über die Tiroler Grenze zu bringen. Aber auch diese letzte Hoffnung, daß man dann, wenn die Auflösung nicht notwendig wird, durch die geheimen, nicht angemeldeten Waffenlager die Einwohnerwehre immer noch retten könnte, ist jetzt geschwunden. Der britische Botschafter und General-Konsul in München, Mr. Seeds, wurde am Mittwochnachmittag im Aufwachenheit des Ministerpräsidenten v. Raahr von seinem Stellvertreter, dem Kultusminister Matt empfangen und erklärte auf Befehl seiner Regierung: „Ich wurde beauftragt, heute zu erklären, daß die Anwendung der Sanktionen nur vermieden werden kann, wenn von Bayern die in dem Ultimatum geforderten Bedingungen reflexlos erfüllt werden. Die Bedingungen enthalten, wie bekannt, die Forderung sowohl der Entwaffnung als der Auflösung der Einwohnerwehre.“

Wie die Münchner neuesten Nachrichten hören, hat der französische Gesandte in München bereits am Montag nachmittag eine ähnliche Erklärung auf Befehl der französischen Regierung dem Ministerpräsidenten abgegeben, daß nämlich die

französische Regierung auf der strikten Durchführung des Ultimatums beharren wird.

Nun wird der eigentliche Kampf um die Einwohnerwehre erst entbrennen. Innerhalb der Einwohnerwehre gibt es eine Reihe von Unterführern, die sich aufs stärkste der Entwaffnung widersetzen. Der Führer der bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Heldt, hat die schärfsten Auseinandersetzungen mit den Einwohnerwehrefführern gehabt und konnte wenigstens bei Forstater Escherich den Widerstand überwinden. Aber der stellvertretende Landeshauptmann, Obergeometer Kanzer, scheint der eigentliche Herd des Widerstandes zu sein und es ist noch nicht sicher, ob dieser Abenteuer nicht auch offenen Widerstand gegen die Entwaffnung zu leisten versucht.

### Die Reparationskommission ist zufrieden.

Paris, 2. Mai. (L. V.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Die Bestimmungen des Art. 15 des Bezahlungsplans vom 5. Mai 1921 über die Zahlung einer Milliarde Goldmark innerhalb 25 Tagen, sind in einwandfreier Weise ausgeführt worden. Die Reparationskommission stellt fest, daß die deutsche Regierung sich ihren Verpflichtungen in dieser Hinsicht entledigt hat und drückt ihre ganze Zufriedenheit darüber aus, daß sie schon jetzt Maßnahmen für den Rücklauf der Wechsel ergreift.

### Deutschland soll die französische Mobilisierung bezahlen?

Paris, 1. Juni. In der gestrigen Nacht Sitzung der Kammer hat Finanzminister Doumer auf Anfrage erklärt, die Kosten für die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 fielen Deutschland zu.

Ueber diese Frage hat bekanntlich nicht der französische Finanzminister, sondern der Oberste Rat oder die Reparationskommission zu entscheiden. Maßgebend für ihre Entscheidung wird die Tatsache sein müssen, daß Frankreich auf eigene Faust mobilisiert hat und daß es auch nach der Annahme des Ultimatums nur zögernd mit dem Abbau der Mobilisierung begonnen hat, der auch heute noch nicht beendigt ist.

### Abbau der Kriegsvorbereitungen.

Paris, 1. Juni. Seit Parisien kündigt an, daß die Kavalleriedivision, die im Hinblick auf die mögliche Besetzung des Ruhrgebiets nach dem Rheinland befördert wurde, nach Frankreich zurückgezogen wird.

### Neue englische Truppen für das Rheinland.

Paris, 1. Juni. Havas meldet: Die englische Regierung hat das französische Anerbieten, einen Teil der britischen Truppen im Rheinland zu befehlen, abgelehnt. Im Laufe der nächsten Woche werden neue britische Streitkräfte nach dem Festlande abgehen, um die englische Rheinarmee zu ergänzen, die bekanntlich Truppen für Obereschlesien abgegeben hat.

### Frankreich für Aufhebung der Sanktionen?

Paris, 2. Juni. (L. V.) In hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß Frankreich die Aufhebung der April-Sanktionen vorschlagen wird, sobald Deutschland die für den 30. Juni geforderten Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt hat.

### Wiederaufbaubudgets.

Paris, 1. Juni. Das Einverständnis zwischen Kammer und Senat über eine Herabsetzung der Ausgaben, deren Rückzahlung Deutschland zufällt, im Betrage von 203 Millionen, die der Senat angenommen hat, ist am Mittwochabend erzielt worden. Der Budgetartikel wurde alsdann auch vom Senat angenommen.

Brüssel, 1. Juni. In der belgischen Kammer hat der Finanzminister Theunis bei der Besprechung der Finanzlage des Staates mitgeteilt, daß der Staat den Fehlbetrag im Budget des Gouvernements Cupen und Malmedy in Höhe von 3 710 525 Frank übernommen habe.

### Streik italienischer Staatsbeamten.

Rom, 1. Juni. Nach einer Stefanimeldung sind die Staatsbeamten in eine Reihe von Einzelstreiks eingetreten, da der Finanzminister die Befriedigung ihrer Gehaltsforderungen mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen abgelehnt hat. Die Eisenbahner und gewisse Klassen anderer Beamten haben sich dem Aufruf nicht angeschlossen. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um der Lage zu begegnen. Stillstand wird heute in Rom erwartet.

### Der dritte Prozeß vor dem Reichsgericht.

#### Der Strafantrag.

Leipzig, 1. Juni. Im Prozeß Neumann beantragte der Oberstaatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von insgesamt 1 Jahr 6 Monate.

#### Das Urteil.

Das Urteil wurde heute mittag 12 Uhr gefällt. Es lautete wegen Mißhandlung in 12 Fällen und Beleidigung auf sechs Monate Gefängnis und teilweiser Tragung der Kosten. Angerechnet wurden 4 Monate Untersuchungshaft. In den andern Fällen wird der Angeklagte freigesprochen.

### Der alte Kurs.

Nach der geräuschvollen Aufmachung, die von der Presse der neuen Koalitionsparteien inszeniert wurde, um den Auserwählten ihres Herzens in ein günstiges Licht zu rücken und ihn als den kommenden Mann mit den neuen politischen und organisatorischen Ideen anzupreisen, bedeutet die Programmrede, die Reichskanzler Wirth gestern vor dem Reichstag abgegeben hat, eine schwere Enttäuschung — freilich nur für den, den die Ereignisse seit der Revolution von der Illusion noch nicht heilen konnten, daß der Aufbau der neuen Gesellschaft im Bunde mit dem Bürgertum vorgenommen werden könnte. Die Programmrede Wirths war eine echte deutsche Ministerrede. Nicht die schlechteste, aber die Ansprüche an Ministerreden sind in Deutschland nicht groß. Sie brachte all das, was man von einer Ministerrede im neuen Deutschland, das im Grunde genommen das alte geblieben ist, erwarten mußte: den völligen Mangel an großzügigen, konstruktiven Gedanken, das Fehlen jeglicher Spur des neuen Geistes, der uns mit so großem Lärm und wichtigthuender Gebärde angekündigt worden war. Die Rede Wirths hat den schlagenden Beweis dafür erbracht, daß die untergehende Bourgeoisie selbst in den fähigsten Köpfen nicht mehr fähig ist, neue Gedanken zu fassen und an der Arbeit für einen neuen Aufbau der aus den Fugen gegangenen Gesellschaft mitzuwirken. Sie ist zu nichts anderem mehr fähig, als jäh am Alten und ihrer Herrschaft über das Alte festzuhalten und es mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

Daß die Bourgeoisie mit Unterstützung der sozialverräterischen Rechtssozialisten — gerade jetzt erweist diese alte Begeißelung sich als besonders zutreffend — in Wirth einen würdigen Verteidiger ihrer Machtposition fand, ging aus jedem Wort seiner Rede hervor, aus seinem politischen Programm nicht minder, wie aus seinem wirtschaftlichen.

Das politische Programm der neuen Regierung unterscheidet sich nicht im geringsten von dem seiner Vorgänger. Wie dieses läßt es sich in die Worte zusammenfassen: wohlwollende Nachgiebigkeit gegen rechts und scharfes Auftreten gegen links. Die Annahme des Ultimatums, zu dessen Durchführung die neue Regierung gewählt wurde, hat ihr die Pflicht auferlegt, die Reaktion zu enttarnen. Was Wirth darüber sagte, war das verhäulteste Eingeständnis, daß er dieser Aufgabe ebensowenig gewachsen ist wie seine Vorgänger. Er hat sich nicht einmal zu einem energischen Schritt bei der bayerischen Regierung aufraffen können, er hat, wenn er auch durch das Entente-Ultimatum gezwungen war, das bayerische Heer der Reaktion in die Lüste der aufzustehenden Organisationen aufzunehmen, doch den „Standpunkt“ der bayerischen Regierung den Allierten mit der Bitte um Nachprüfung vorgelegt, und er hat nicht die geringste Andeutung darüber gemacht, wie er sich die Lösung der ungeheuer schwierigen Aufgabe, ein Heer von dreihunderttausend Mann zu enttarnen und aufzulösen, vorstelle.

Aber nicht nur das, er hat auch die neuesten Heldentaten der bayerischen Orgeschichte durch sein Stillschweigen gebilligt, indem er nicht ein Wort zur Beurteilung ihres oberhöchlichen Festzuges fand. Oder will er etwa uns und der Welt weismachen, daß mit der offiziellen Schließung der oberhöchlichen Grenze der Festzug beendet sei? Weiß Herr Dr. Wirth nichts davon, daß die bayerischen Kämpen, nachdem ihnen die Regierung des Freistaates Sachsen durch ihr energisches Eingreifen den Durchzug durch Sachsen unmöglich gemacht hat, nunmehr die Provinz Hinterpommern als Aufmarschgebiet benutzen?

Bei einer solchen politischen Einstellung kann es nicht weiter wundernehmen, wenn Wirth auch sonst in der oberhöchlichen Frage an der bornierten und politisch geradezu kindischen Haltung der früheren Regierung festhält. Statt die deutsche Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, sich in das Unvermeidliche, den Verlust der Gebiete mit überwiegend polnischer Mehrheit, der heute schon eine beschlossene Sache ist, zu fügen und darauf hinzuwirken, die Allierten im Sinne einer gerechten, die nationalen Ansprüche Polens sowie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands gleichermaßen wahren Teilung Oberschlesiens zu beeinflussen, plappert Wirth noch immer das alte Schlagwort vom ungetrockneten Oberschlesien nach, mit dem er keinen Hund mehr hinterm Ofen hervorlockt.

Ebenso eindeutig wie seine Schweigsamkeit gegenüber den Heldentaten der Reaktion war seine Einfühligkeit in der die Arbeiterklasse so bewegenden Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Ausnahmegerichte. Er vermochte der geschichtlichen Attende der Kommunisten, die ihn an allen möglichen und unmöglichen Stellen seiner Rede mit der Forderung der Umneuerung der von den ungeschlichen Ausnahmegerichten beurteilten überfüllen, nicht ein Wort entgegenzusetzen. Das einzige, wozu er sich gnädig herbeiließ, war das vage Versprechen, der Ausnahmezustand „möglichst schnell abzubauen“. Und in einer solchen Regierung, die für die bescheidensten politischen Forderungen der Arbeiterschaft, die Wiederherstellung des Rechtszustandes

nach der bürgerlichen Verfassung, nichts andres übrig hat als Stillschweigen und eine abwehrende Geste, in einer solchen Regierung sitzen Leute, die sich noch immer Sozialdemokraten nennen, ja, sie haben sogar den für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes verantwortlichen Minister des Innern in der Person des berühmten Grabnauer gestellt.

Noch überraschender in seiner Geschäftigkeit und Arbeiterfeindschaft war das wirtschaftliche Programm, das Weich entwarf. Von all den Plänen zur Erfüllung der Wiedergutmachungspflichten, die in den letzten Tagen von offizieller, offiziöser und privater Seite laut geworden waren, nahm er keinen andern in sein Programm auf als den zur Lösung der Aufgabe ungeeignetsten und den Interessen des Proletariats abträglichsten, der freilich zugleich den Interessen der Bourgeoisie am zuträglichsten ist: den Plan, die Milliarden und aber Milliarden, die zur Deckung der Reparationsausgaben erforderlich werden, durch eine Erhöhung der Steuerlasten hereinzubringen. Aber wenn es richtig ist, daß Steuerfragen Machtfragen sind, so zeigt die Programmrede Weichs so eindeutig als möglich, wie die politische Macht heute in Teutschland verteilt ist. Von einer Erhöhung und einem Ausbau der direkten Steuern war nämlich so gut wie gar nicht die Rede, der Plan des Reichswirtschaftsministers, das Reich an den kapitalistischen Unternehmungen zu beteiligen, wurde mit einer dunklen Nebensandung abgetan. Was sonst von direkten Steuern übrig blieb — die Ankündigung einer Erhöhung der Körperschaftsteuer und der Biersteuer und einer schärferen, besseren Durchführung der Steuerveranlagung und Entlastung — war entweder schon längst fällig oder wird den Kapitalisten nicht mehr wehe tun.

Aber das Hauptgewicht legte Weich auf den Ausbau der indirekten Steuern. Es war eine stattliche Reihe von Steuern, die er da aufmarschieren ließ. Nicht nur der Branntwein, das Bier und der Tabak, die man noch als Genußmittel, wenn auch als zum größten Teil unentbehrlich, bezeichnen muß, sollen den Arbeitern verteuert werden, sondern auch eines der wichtigsten Nahrungsmittel, der Zucker, und zu guter Letzt auch die Kohle, deren Preissteigerung die Preise aller andern Waren hinaufreibt wird. Aber dabei wird die bürgerlich-rechtssozialistische Regierung nicht stehen bleiben, sie wird, wie Weich schon ankündigt, durch den Abbau der Getreidewirtschaft und der Aufhebung der Reichsaufsicht zur Verbilligung des Getreidepreises eine katastrophale Verteuerung des Brotes und durch Grund- und Mietsteuern eine ebenso bedrückende Erhöhung der Wohnungsmieten herbeiführen.

So wird die Weich-Regierung alles tun, um die Lebenshaltung des Proletariats so tief, als es überhaupt nur möglich ist, herabzudrücken. Aber mit dieser rein negativen Tätigkeit wird sie der Lösung der großen Aufgaben, die ihr gestellt sind, um keinen Schritt näher kommen. Sie wird, ebenso wie die frühere Regierung, zusammenbrechen müssen, wenn ihr die Lösung des Zentralproblems der deutschen Wirtschaft, die Frage der Produktionssteigerung nicht gelingt. Was Weich darüber sagte, war der entscheidendste Teil seiner Rede. Mit ein paar kläglichen, nichtigsten Phrasen und schönen Wünschen, die bei der Aufrechterhaltung der heutigen Organisation der Wirtschaft unerfüllbar sind — wie z. B. der Wunsch, daß die Arbeitslosen „unter allen Umständen“ produktiv beschäftigt werden —, ging er über dieses Problem hinweg und gelang damit ein, daß eine Umorganisation der Wirtschaft, die erste Voraussetzung der Produktionssteigerung, nicht mehr auf kapitalistischer, sondern nur noch auf sozialistischer Grundlage möglich sei.

Wir können die Unterstützung einer solchen Regierung ruhig den Rechtssozialisten und Bürgerlichen überlassen. Was die Regierung tun will, um ihr Versprechen, das sie mit der Annahme des Ultimatus gegeben hat, ehrlich einzulösen, wird die Unterstützung unserer Fraktion, deren Stimme zur Annahme geführt hat, finden. Darüber hinaus aber werden wir alle Bestrebungen der Regierung, auf politischem, wirtschaftlichem und steuerpolitischem Gebiete den alten Kurs innezuhalten — Bestrebungen, die so klar in der Rede des Reichskanzlers hervorgetreten sind —, aufs schärfste bekämpfen und immer wieder der kapitalistischen Lösung die sozialistische entgegenstellen.

## Gegen das Arbeitslosenehend. Ein kleiner Erfolg.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuh des Reichstages beschloß in seiner letzten Sitzung mit verschiedenen Anträgen zur Arbeitslosenfürsorge. Uva. Körsten (Soz.) vertrat die einen gemeinsamen Antrag der beiden sozialistischen Parteien, der einem Unterausschuh zur Prüfung überwiesen war. Gefordert wird sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang, vorzugsweise Berücksichtigung der von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke und Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau sowie Erhöhung der Unterhaltungsätze.

Aus der ausgedehnten Debatte sind besonders die Ausführungen des Genossen Dittmann hervorzuheben. Er wies darauf hin, daß die in den Anträgen festgelegten Forderungen ein Mindestmaß darstellen, das bei Berücksichtigung auch der schlimmen Lage des Reiches und der Wirtschaft erfüllt werden kann. Nichts weiter nütze nichts, das ganze Problem müsse angepaßt werden. Das Arbeitslosenproblem müsse gemeinsam mit den Fragen der Wirtschaft behandelt werden. Statt in Unterhaltungen für Arbeitslose müßten die Gelder in Kambalbauten, Wohnungsbau usw. hineingesteckt und so zugleich die Umstellung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wirksam in Angriff genommen werden. Der Redner erinnert an die Probleme im Kohlen- und Eisenerzbau; es haben in diesen Industrien Entlassungen stattgefunden auch im Siegerland und im Ruhrgebiet, ebenso im Rastbergbau, dessen Erzeugung für die Landwirtschaft von Bedeutung ist. Wehmlich sieht es mit der chemischen und der Textilindustrie, der Export- und Luxusindustrie im Hinblick auf die Forderungen der Entente. Er wies auf noch ungeklärte Fragen in der Landwirtschaft, Urbarmachung von Oedländen und Herbeischaffung von Düngemitteln hin. Die Frage des Wiederaufbaues in Frankreich wolle bei allen Fragen, die für die Belebung unfreier Arbeitsmärkte wesentlich sind, mit. Wenn heute Bauarbeiter fehlen, so nur deshalb, weil Hunderttausende in andern Industrien beschäftigt sind und diese Arbeit nicht aufgeben wollen, ehe sie Sicherheit auf andre dauernde Arbeit haben. Auf den Werften wurde entgegen den Versicherungen gehandelt, die beim Weich-Abkommen gegeben, betreffend Belebung der Beschäftigung, gegeben worden waren. Die Aufträge müssen so vergeben werden, daß die Beteiligten disponieren können, es dürfe nicht wieder vorkommen, daß von dem angeblichen 16-Millionen-Auftrag für das R. W. M. mehr als die Hälfte 1920 schon verbaut war. Es dürfe also heute nicht wieder primitiver Arbeit für die nächsten paar Monate, sondern es müßten Dispositionen für die nächsten Jahre erteilt werden. **Es sei noch unverantwortlich, wenn jetzt die Treuhändlers-**

gesellschaften für die Vergebung der 12 Milliarden des Weich-Abkommens jetzt ein Rundschreiben an die Werften richten, die Aufträge auf längere Zeit zu vertellen. Die Folge seien Entlassungen und starke Einstellungen. Schidau-Elbing habe das bezeugt, um 5000 Arbeiter auszulassen. Der Volkswirtschaftliche Ausschuh müsse die Aufgaben des kommenden Winters geistesgegenwärtig vorbereiten. Die Angabe des Arbeitsministers, daß bei Ausnahme unserer Anträge kein Anreiz zur Arbeit mehr vorhanden sei, ist falsch. Die einzelnen Ministerien müßten dem Ausschuh ein möglichst vollständiges Bild über das Wirtschaftsgeschehen geben und sagen, was zu erwarten sei. Entgegen der Stellung der Reichsregierung verlangt der Redner eine höhere Unterhaltung der Arbeitslosen; ferner eine Sonderhilfe für die Langzeit-Erwerbslosen.

Auf Antrag der Unabhängigen wurde schließlich beschlossen: **Für die Langzeit-Erwerbslosen, die mehr als 26 Wochen arbeitslos sind, ist den Gemeinden eine besondere Geldhilfe zu gewähren, die es ihnen ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen vorzunehmen.**

Die Langzeit-Erwerbslosen sind bei Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders zu berücksichtigen, insbesondere wird der Zuschuß, der für die Beschäftigung von Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt wird, bei Langzeit-Erwerbslosen höher bemessen, als bei andern Erwerbslosen. Den Erwerbslosen sollen die Unterhaltungen auch über die Dauer von 26 Wochen hinaus in allen Fällen fortgewährt werden, in denen es nach der Lage des Arbeitsmarktes zur Vermehrung und Besserung der Arbeitslosen erforderlich ist. Der An der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ist in diesem Sinne anzuhängen.

Ferner wurde der Antrag der Unabhängigen, die Regierung möge in aller kürzester Zeit genaue Auskunft über den Stand des Wirtschaftslebens geben, angenommen und die Erledigung des Antrages der sozialistischen Parteien bis zur Vorlage dieses Materials, die in etwa einer Woche erfolgen soll, zurückgestellt. Entschuldigend dafür war die Tatsache, daß sowohl die Regierung, als auch die bürgerlichen Parteien erklärt hatten, daß sie gegenwärtig keiner Erhöhung der Unterhaltungsätze für die Arbeitslosen zustimmen würden, daß sie aber eine nochmalige Prüfung dieser ihrer Stellungnahme vornehmen würden und eine höhere Unterhaltung in Aussicht nehmen würden, wenn die Lage des Arbeitsmarktes das notwendig machen sollte. Unter diesen Umständen waren die beiden sozialistischen Parteien der Meinung, es läge im Interesse der Arbeitslosen, daß die ankommende Entscheidung über die Erhöhung der Unterhaltungsätze erst in der nächsten Woche vorgenommen werde.

Nach den Erklärungen des Reichsarbeitsministers, die er in der Sitzung am Montag abgegeben hat, ist zu erwarten, daß die Verordnung über die Unterhaltung der Langzeit-Erwerbslosen in aller kürzester Zeit ergeht.

Die Kommunisten benutzten die Arbeitslosenanfrage, um sich im Plenum des Reichstages wieder einmal ein besonderes Demagogisches zu leisten. Bekanntlich ist die Initiative zu den jetzt behandelten Anträgen von den Gewerkschaften ausgegangen, deren Forderungen die beiden sozialistischen Fraktionen als Anträge eingereicht hatten. Die Kommunisten hatten ihre Gegenseitigkeit wieder einmal verpaßt, wofür sie um jene Zeit ihre ganzen Kräfte auf die Auseinandersetzungen über ihre letzte „revolutionäre Aktion“ verwenden mußten. Sie kamen deshalb mit ihrem Antrag erst recht spät hinterher. Um diesen unangenehmen Eindruck, den ihr Verhalten auf die Arbeitslosen machen mußte, zu vermindern, beantragte Maiaach im Plenum des Reichstages am Dienstag pöhllich, die zur Erwerbslosenfrage gestellten Anträge sofort zu erledigen, obwohl darüber im Ausschuh noch gar nicht entschieden worden war. Er tat das, obwohl er im Volkswirtschaftlichen Ausschuh am Montag ebenfalls damit einverstanden war, daß über die Anträge, soweit sie die Unterhaltung der Erwerbslosen und die produktive Erwerbslosenfürsorge betreffen, erst in der nächsten Woche abgestimmt werden soll, wenn die Regierung den von ihr verlangten Bericht über die Wirtschaftslage vorlegt. Die Zustimmung dazu konnte Maßnah natürllich geben, weil das durchaus keine Verzögerung bedeutet, sondern weil diese Frist notwendig ist, um den Druck auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien, die in diesem Augenblicke Erhöhung der Unterhaltung abgelehnt hätten, so zu verstärken, daß sie das nicht wagen. Maßnah aber hatte ansehnend das Bedürfnis zu zeigen, daß ihm an der Besserstellung der Erwerbslosen nichts, an Rabau im Parlament aber alles liegt. Und so forderte er denn die sofortige Beratung im Plenum, die, wenn sie erfolgt wäre, die völlige Ablehnung aller Anträge zur Folge gehabt hätte.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Fraktion dieses frevelhafte Spiel mit den Interessen der Arbeitslosen nicht mitmachen konnte. Ihr kommt es darauf an, die Not der Massen der Arbeitslosen wirklich zu lindern und so viel als nur möglich für diese Leidenden herauszuholen. Die Kommunisten aber stehen sich bei ihrem Vorstoß wieder einmal nur von ihren Parteinteressen leiten. Wären die Anträge bei der sofortigen Erledigung — wie vorauszusetzen war — abgelehnt worden, gab es ja wieder vorläufigen Kapitulationsstoff. Die Arbeitslosen freilich hätten wieder einmal den Schaden davon gehabt. Mögen sie daraus erkennen, wo ihre Interessen tatsächlich gewahrt und wirksam vertreten werden.

## Geringes Abflauen der Arbeitslosenziffern.

Das Reichsarbeitsministerium schreibt: Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger betrug am 31. Mai 1918 448, die der weiblichen 81 849, zusammen also 400 097. Hinzu traten 440 377 Zuschlagsempfänger (unterstützte Familienangehörige von Vollerwerbslosen), so daß sich die Gesamtzahl der Hauptunterstützungen und Zuschlagsempfänger auf 840 474 stellt. Berücksichtigt man, daß diese Zahlen nur bedingten Wert haben, bei weitem nicht alle Erwerbslosen Unterstüttung beziehen, daß ferner die der Erwerbslosenziffer nahe kommende Zahl der Kurzarbeiter von der Statistik nicht erfasst wird, und daß endlich in erheblichem Umfang in den Betrieben an sich erhebliche Arbeitskräfte noch durchgehalten werden, so muß die Lage des Arbeitsmarktes auch weiterhin als ungünstig bezeichnet werden. Sie würde es noch ungleich mehr sein, wenn nicht durch die produktive Erwerbslosenfürsorge durchschnittlich 200 000 Erwerbslose bei Notstandsarbeiten untergebracht wären. Wie wenig aber die Entwicklung des Arbeitsmarktes im laufenden Jahr befriedigt, zeigt ein Vergleich mit dem im Vorjahr. Während nämlich in der Zeit vom 1. Februar bis 1. Mai 1920 die Zahl der Erwerbslosen von 431 000 auf 292 000, also um rund 180 000 gefallen ist, hat sich in diesem Jahre die Zahl von 428 000 auf 400 000, also nur um 28 000 gemindert. Im Monat April 1920 insbesondere hatte die Zahl noch e und 28 000 betragen, im Monat April 1921 nur 18 000, also etwa die Hälfte, wobei die weiblichen Erwerbslosen sogar eine Zunahme zeigten. Obwohl die fortschreitende Belebung des Baumarcktes in denjenigen Berufen, die in engerem Zusammenhang mit dem Bauwesen stehen, unverkennbar abwärts gewirkt hat, haben doch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und besonderen wirtschaftlichen Schwächen in der Folge die sonst alljährlich mit dem Frühjahr einsetzende Messerung des Arbeitsmarktes in diesem Jahre weitgehend hintangehalten und wir haben in einer Jahreszeit, in der alljährlich die Erwerbslosenziffer am niedrigsten zu sein pflegt, eine wesentlich höhere Zahl als zu Beginn des letzten Winters.

## Um die Erhaltung der Gewerkschaften.

Vom 26. bis 28. Mai tagte in Stuttgart der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbands. Anlässlich dieser Tagung und veranlaßt durch den bevorstehenden Verbandstag, dem der Wahlkampf von den Kommunisten eröffnet wurde unter der Devise: Moskau oder Amsterdam, veröffentlichten 74 von 8 Delegierten gegen die Zermürbung und Zerschörung der Gewerkschaften durch die Bestrebungen der KPD. folgende gemeinsame Erklärung:

Die unterzeichneten Mitglieder des erweiterten Beirats der DMM, die politisch auf dem Boden der SPD. und USPD. stehen erblicken in den von der Moskauer Internationale und der KPD ausgehenden Bestrebungen, die deutschen Gewerkschaften unter der Diktat einer politischen Partei zu stellen, eine schwere Gefahr für die Erhaltung der Aktionsfähigkeit und der Geschlossenheit des wirtschaftlichen Kampffront der Arbeiterklasse.

Um erfolgreich für die Arbeiterfrage und den Sozialismus wirken zu können, müssen die Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen unbedingt an der Demokratie und dem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder festhalten und alle Versuche der Erziehung einer Parteidiktatur in den Gewerkschaften, die dies zu zersprengen droht, auf das entschiedenste zurückweisen.

Im Internationalen, gewerkschaftlichen Zusammenwirken der Arbeiterklasse finden deren Bestrebungen ihren sichtbarsten und mächtigsten Ausdruck in der Gewerkschafts-Internationale in Amsterdam, die die Arbeiter aller Länder nicht nur zur erfolgreichen Abwehr der Übergriffe des Kapitalismus auf die Rechte der Arbeiter, sondern auch zum Aufbau der Wirtschaft im sozialistischen Sinne zusammenführt.

Von dieser Grundsatzfrage ausgehend, ist die gegenseitige Unterstützung in der Abwehr der von Moskau ausgehenden Bestrebungen der Erziehung einer Parteidiktatur in den Gewerkschaften in die vorderste Linie zu stellen. Das ist insbesondere auch bei der Aufstellung und Wahl der Kandidaten zum kommenden Verbandstag zu berücksichtigen.

Unter der Wahrung des Entscheidungsrechts der örtlichen Mitgliedschaft über die Bestimmung der Kandidatenvorschlüge nach dem Wahlreglement, ist möglichst auf eine Verständigung unter den obigen Grundsätzen zustimmenden Mitglieder treffen hinzuwirken.

Bernard-Frankfurt a. M., Bädler-Köln, Brandes-Stuttgart, Brohm-Berlin, Bremer-Erfurt, Brinmann-Hildesheim, Buse-Bielefeld, Carl-Neufach a. d. O., Dittmann-Stuttgart, Gleich-Berlin, Günner-Münster, Henck-Hannover, Kint-Berlin, Köster-Nach, Köster-Ludwigshafen, Köster-Neumühl, Franke-Stettin, Freitag-Hagen i. W., Garbe-Kiel, Gräffinghoff-Siegen, Grall-Berlin, Gross-Osnabrück, Haas-Köln, Haas-Stuttgart, Händke-Breslau, Hennig-Merseburg, Heide-München, Hoffmeister-Kattow, Hoffbauer-Stuttgart, Hünger-Stuttgart, Kempen-Hamburg, Klette-Düsseldorf, Koch-Wiesbaden, Köster-Königsberg, Kurz-Stuttgart, Landgraf-Bromshaven, Lieke-Dresden, Mathies-Zena, Müller-Zell, Dettlinghaus-Gewesberg, Pieper-Winzer a. d. W., Reichel-Stuttgart, Reichel-Weiskirchen, Reinhardt-Nordhausen, Rier-Erlangen, Rier-Hannover, Röhler-Halle a. S., Ruch-Brandenburg, Schäfer-Stuttgart, Scheff-Stuttgart, Scheller-Berlin, Schlicht-Stuttgart, Schmidt-Weglar, Schütte-Königsberg, Schulze-Karlsruhe, Schulz-Hamburg, Schwenzel-Stuttgart, Spiegel-Bielefeld, Steinhauser-Essen, Steffer-Stuttgart, Teichgräber-Leipzig, Timm-Breslau, Tost-Stuttgart, Ufermann-Stuttgart, Umrath-Münster, Ulrich-Berlin, Vordölger-Stuttgart, Walldreht-Köln, Welker-Dorfmund, Wendler-Stuttgart, Werner-Stuttgart, Wernthaler-Augsburg, Wolf-Essen, Ziska-Berlin.

## Ein neuer Konflikt.

### Die Schaffung der neutralen Zone in Oberschlesien beschlossen.

Frankfurt a. M., 1. Juni. Die Frankfurter Zeitung berichtet aus Oppeln: Eine kombinierte englische Kampfabteilung hat heute morgen 5 Uhr den Vormarsch auf Groß-Strehlitz angetreten. Es ist deshalb innerhalb der internationalen Kommission zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Die Situation ist dadurch sehr verschärft, daß in der Gegend von Groß-Strehlitz gestern abend zwischen deutschem Selbstschuh und den Polen schwere Kämpfe stattgefunden haben. Von französischer Seite wird behauptet, daß diese durch die Offensive des deutschen Selbstschuhes ausgelöst worden seien, eine Darstellung, die von englischen Offizieren, die bereits gestern in der dortigen Gegend anwesend waren, aufs entschiedenste bestritten wird.

Die Engländer waren vormittags noch nicht in Groß-Strehlitz angekommen; sie hatten heute morgen den Vormarsch einstellen unterbrechen müssen, da man sich innerhalb der internationalen Kommission über den Fortgang der Operationen nicht zu einigen vermochte. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den englischen und französischen Offizieren sollen sehr scharf zum Ausdruck gekommen sein. Im Prinzip hat man sich heute morgen auf die Schaffung einer neutralen Zone zwischen den Deutschen und Polen geeinigt, wobei jedoch von englischer Seite die Bedingung gestellt und von den Franzosen nach heftigem Widerstande angenommen wurde, daß der deutsche Selbstschuh die von ihm gegenwärtig gehaltene Linie besetzt halten darf. Die Schaffung der neutralen Zone soll derzeit erfolgen, daß die polnischen Aufklärer von den internationalen Truppen zurückgedrängt werden. Wegen der Frage, welche Truppen an dieser Aktion teilnehmen sollten und welche Ausdehnung den Operationen zu geben ist, sind die Verhandlungen, die sich infolge der bestehenden Gegensätze äußerst schwierig gestalten, noch im Gange. — Nach einem späteren Telegramm aus Oppeln ist ein englisches Bataillon in Groß-Strehlitz eingedrückt.

## De Rond und der deutsche Selbstschuh.

Oppeln, 2. Juni. (U.) General Le Rond hat vor dem Zwölfer-Ausschuh der deutschen Parteien erklärt, daß der deutsche Selbstschuh nicht als Insurgententruppe zu betrachten sei. Er hat damit die Berechtigung des deutschen Selbstschuhes anerkannt. General Le Rond tat dies mit der Bemerkung, daß der 12. Mai, der Tag der Konstituierung des deutschen Selbstschuhes hinter dem 2. Mai, dem Beginn des polnischen Aufstandes, liegt.

## Die Kohlennot und ihre Folgen.

Die Kohlenwirtschaftsnot in den Marken teilt mit: Durch die in Oberschlesien seit Anfang Mai bestehenden Unruhen und durch den kürzlich in Niederschlesien ausgebrochenen Streik der Bergarbeiter ist die Steinkohlenversorgung der Mark Brandenburg fast vollständig ins Stocken geraten. Die anderen Kohlenreviere sind bei weitem nicht in der Lage, den ganzen Ausfall auszufüllen, Kohlen zu liefern. Infolgedessen muß die Industrie gewärtig sein, daß schon in den nächsten Tagen einzelne Betriebe zum Stillstand kommen, falls eine Streckung der Kohlenlieferung etwa noch vorhandene hochwertigen Kohlenmengen mit ihnen etwa noch vorhandenen hochwertigen Kohlenmengen mit minderwertigen Brennstoffen nicht durchgeführt wird. Alle Maschinen und die noch vorhandenen kleinen Vorräte müssen für die Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe, wie Elektrizitäts- und Gaswerke, Wasserwerke, Kanalisationswerke, Lebensmittelbetriebe, Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen, vorbehalten bleiben. Der Verbrauch an Gas und Elektrizität ist weitgehend einzuhalten, da andernfalls das zentrale System ganzer Strombezirke schon in nächster Zeit in die Notlage müde, um die Elektrizitätswerke über Wasser zu halten.

Berlin, 1. Juni. Am 1. Juni wird mitgeteilt, daß in einer heute mit Vertretern der Berliner Straßenbahn und der

und Untergrundbahn bei dem Reichskommissar für Kohlenverteilung abgehaltenen Besprechung vereinbart wurde, zunächst nur die von diesen Verwaltungen bereits in Aussicht genommenen Verkehrseinsparungen, vor allem Beschränkung in der Zahl der Züge, alsbald zur Durchführung zu bringen. Weitere Maßnahmen müssen jedoch vorbehalten bleiben, sofern die Störung der Steinkohlenzufuhr aus Schlesien anhält.

**Waldenburger Revier.** Die Arbeiter des Bergbauwerks Waldenburger Reviers sind wegen Kohlenmangels 480 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen.

### Der Bergarbeiterstreik im Waldenburger Revier.

Berlin, 1. Juni. (Woll. Ag.) Bisher hat im Streik der Bergarbeiter des Waldenburger Reviers noch keine Entspannung stattgefunden. Die zum Arbeitsminister entsandten Organisationsdirektoren sind ohne Ergebnis zurückgekehrt.

**Waldenburg, 1. Juni. (M.)** Die Arbeitervertreter haben in einer Konferenz der Reichsbehörde und Vertrauensleute, die am 29. Mai stattgefunden hat, erklärt, den Bergarbeiterstreik anzuerkennen. Der bisher als wilder Streik geführte Ausstand wird nun von der Organisation geleitet. Die Erklärung ist von den freien Gewerkschaften, dem christlichen Gewerksverein und dem Gewerksverein Hirsch-Dünder abgeben worden.

### Die Volksabstimmung in Steiermark beschlossen.

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. W.) Der Volksstimmzettel wird aus Wien an demselben Tag ausgeteilt. Trotz aller Bemühungen des Bundeskanzlers Mann und der angebotenen Entschuldigungsverfahren hat der Landtag der Steiermark nach längeren Beratungen den endgültigen Beschluss gefasst, am 3. Juli im Lande Steiermark ebenfalls die Volksabstimmung über die Frage, wird der Anschluss an Deutschland gefordert, vorzunehmen. Zum Unterschied von Salzburg haben die Steiermärker nicht eingewilligt, nur eine Plebiszitation vorzunehmen. Sie beauftragen mit der Frage der Abstimmung die Landesregierung.

### Mitteilung der österreichischen Regierung.

Wien, 1. Juni. In den ersten Nachmittagsstunden des heutigen Mittwochs fand eine Kabinettsitzung statt, in der die Beschlüsse des genannten Kabinetts beschlossen wurde. Der die Reichsregierung übernehmenden, steht noch nicht fest; höchstwahrscheinlich wird jedoch ein neues christlich-soziales Kabinett gebildet werden. Die österreichische Regierung hat also die Konsequenzen daraus gezogen, daß trotz aller ihrer Warnungen die Anschlussbewegung fortgesetzt wurde. Der Bundeskanzler Dr. Mann hat der Nationalversammlung die Demission des Kabinetts mitgeteilt und hinzugesagt, daß der Bundespräsident ihn mit der vorläufigen Fortführung der Geschäfte betraut habe. Der Bundespräsident wird mit den politischen Führern der Parteien und mit den Landesregierungen der einzelnen Bundesländer bezüglich der Lösung der Regierungsfrage in Verhandlungen treten.

### Professe und Warnungen.

Wien, 2. Juni. (M.) Die deutsch-österreichische Regierung erhielt ein Telegramm des deutschen Reichskanzlers, in welchem dieser an die Regierung das Ersuchen richtet, mit Rücksicht auf die politische Lage Deutschlands und zur Vermeidung drohender Sanktionen alles aufzubieten, damit weitere Abstimmungen in den einzelnen Ländern über den Anschluss an Deutschland unterbleiben.

**Wien, 1. Juni. (M.)** Am heutigen Mittwoch ist der jugoslawische Gesandte Dr. Ralko bei der Regierung erschienen und hat sich dem Protest der rumänischen Regierung und der tschechoslowakischen gegen die Anschlusspropaganda in Oesterreich angeschlossen. Der englische Gesandte in Wien, Lindes, hatte heute eine längere Unterredung mit dem zurückgetretenen Bundeskanzler Dr. Mann.

### Gesamtergebnis der Abstimmung in Salzburg.

Salzburg, 31. Mai. Das Gesamtergebnis der Volksabstimmung in Salzburg ist folgendes: Abgegeben wurden 104.000 Stimmen, von denen 103.000 auf Ja, 800 auf Nein lauteten und 200 unglücklich sind. Die Wahlbeteiligung übersteigt 90 Prozent aller Stimmberechtigten.

### Standrechtliche Erschießung.

Wir brachten vor einigen Tagen die Meldung, daß in Quersfurt ein Arbeiter am 28. März standrechtlich erschossen worden ist. Demgegenüber wird nun von amtlicher Stelle behauptet, daß das veröffentlichte Dokument der Polizeiverwaltung Quersfurt gefälscht sei. Der erschossene Arbeiter sei mit der Waffe in der Hand beim Plündern erwischt und erschossen worden. Damit wird also nur bestätigt, daß der Arbeiter tatsächlich an Ort und Stelle erschossen wurde.

### Die deutschen Bergarbeiter gegen Moskau.

Gießen, 1. Juni. Der Kongress des Verbandes Deutscher Bergarbeiter lehnte heute den kommunistischen Antrag auf Anschluss an die Moskauer Internationale mit überwältigender Mehrheit ab. 200 Delegierte sprachen sich für das Verbleiben beim Amsterdamer Gewerkschaftsbund aus, sieben stimmten für Moskau.

### Das Programm der Reichsregierung

Berlin, 1. Juni. Präsident Vöbe eröffnet 4 1/2 Uhr nachmittags die Sitzung des Reichstags. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Brüning: Ich will das Programm der Regierung zusammenfassen in drei Worte. Sie heißen: Verdichtung, Wiederaufbau, Befreiung. (Hoffmann, Kommunist, ruf: Amnestie!) Durch die Annahme des Ultimatus ist eine Art Schlupfwinkel auf die bisherige Entwicklung gesetzt worden. Die Absicht der Reichsregierung ist eindeutig und klar: sie will übernommene Verpflichtungen gewissenhaft und loyal erfüllen, sie will zeigen, daß sie den Mut hat, auch vom ganzen deutschen Volke zu verlangen, daß es sich anstrengt, Leistungen allerhöchster Art zu vollbringen. Denn nur dann, wenn man mit solchem Willen an die Leistungen herangeht, kann man Höchstes erzielen.

**Das Ultimatum**  
Ist uns kurze Fristen. Auf finanziellerm Gebiete ist die bis zum 31. Mai zu zahlende eine Milliarde Goldmark rechtzeitig geleistet, davon 150 Millionen Goldmark in bar und der Rest durch Schatzwechsel, die nach dem Wunsch der Reparationskommission das Indossament von vier deutschen Großbanken, nämlich der Darmstädter Bank, der Deutschen und Preussner Bank und der Disconto-Gesellschaft tragen. Die Schatzwechsel sind bis zum 31. August einzulösen. Das Reichsfinanzministerium hat die erforderlichen Vorbereitungen und Anordnungen getroffen, um die Einhaltung innerhalb dieser Frist sicherzustellen. Am 31. Mai sind der Reparationskommission weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen angeboten worden. (Zurufe bei den Kommunisten: Reden Sie doch von der Amnestie! — Anrufe rechts.)

**Zu der Ernährungsfrage**  
haben wir uns durch die Annahme des Ultimatus den Entwurfsbestimmungen der Pariser Note vom 29. Januar auf dem militärischen Gebiete wie auf dem der Marine und des Luftwafens gefügt. Die bisher abgekauften Fristen sind auch auf diesem Gebiete innegehalten. Die Reichsregierung ist einwütlich

der Ansicht, daß die Frage der Entwaflnung zu keinen weiteren Verhandlungen führen, geschweige denn Anlaß zu Sanktionen geben darf. Was an uns ist, werden wir deshalb tun, um unser Versprechen in vollster Loyalität einzulösen. Bisher ist von der deutschen Regierung in Erfüllung der Entwaflnungsbedingungen u. a. folgendes verlangt worden: Die von der Militärkontrollkommission festgesetzten Höchstbestände für die Bewaffnung und Ausrüstung des Hunderttausendmann-Heeres sind unter Aufgabe des bisherigen deutschen Wapenspruchs von uns anerkannt worden; die Befehle zur Mobilisierung des dadurch überschüssig werdenden Materials sind erteilt, die Mobilisierung ist im Gange. Die sofortige Aufgabe der von der Kontrollkommission nicht zugestandenen Bestückung und sonstigen Ausrüstung der Landfestungen, einschließlich Königsberg, Rügen-Bowen und Küstlin ist angeordnet und wird unverzüglich durchgeführt. Das Gleiche gilt für die Küstenschiffungen. Die von der Kommission angeforderte Liste der zur Herstellung des Gerüts für das Hunderttausendmann-Heer ermäßigten Fabriken ist anerkannt; die nicht zugelassenen Fabriken werden geschlossen.

Die in den Pariser Beschlüssen enthaltenen Forderungen, die sich auf Marine und Luftfahrt beziehen, sind teils bereits erfüllt, teils in schleuniger Durchführung begriffen. Die Anordnungen, die deutsche Polizei auf 150 000 Mann zurückzuführen, sind erlassen. Die geforderten Maßnahmen zur Verringerung des Wehrgebetes und der Ein- und Ausfuhr von Kriegsgüter gehen demnächst dem Reichstag zu.

**Die Entwaflnung der Einwohnerwehren**  
wird von den Landesregierungen angeordnet. Die bayrische Regierung stand vor einer außerordentlich schwierigen Situation, die ich nicht verschleiern wollte; aber Sie können mir glauben, daß ich nicht unzulässig gewesen bin. Die bayerische Regierung hat inwieweit die bekannte Erklärung abgegeben. Wenn danach die beteiligten Kreise sich zu den unabweisbar gewordenen Entschlüssen durchgerungen haben, so verdienen sie Dank. (Gelächter links) Ich spreche namens der Reichsregierung die Erwartung aus, daß die Waffenabgabe pünktlich innerhalb der gesetzten Fristen erfolgt. Wir haben diesen Eingriff in unser eigenes Vereinsrecht nur unter dem Druck der Alliierten vorgenommen.

**Die wirtschaftlichen Aufgaben.**  
Wenn wir 1921 die volle Ausführung haben wie 1920, haben wir über 3 1/2 Milliarden Goldmark zu leisten. Diese Summe ist außerordentlich groß, aber wir müssen zu Taten schreiten und beweisen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist. Der Ausfuhrindex ist ungenügend, brutal und roh, die Wirkung auf die Volkswirtschaft wird sich bald zeigen, es wird nach einem neuen Index gefordert werden müssen; ob er gefunden werden kann, ist noch nicht abzusehen. Die Stunde des Reichswirtschaftsrats zur Mitarbeit an dem deutschen Geschäft wird jetzt gekommen sein. Die Spannung zwischen der Kaufkraft des Geldes im Inlande und im Auslande wird ausgeglichen werden müssen. Bei der

Auswahl nach neuen Steuerquellen lenkt sich der Blick auf die Kohle. Der heutige Kohlenpreis ist bei uns noch viel niedriger als der Weltmarktpreis. Dadurch hat die deutsche Industrie große Ersparnisse erfahren. Das wäre unmöglich bei freier Kohlenwirtschaft. Es fragt sich, wie die Spannung ausgeglichen werden kann. Die Steuern sind auszubauen. Ich denke dabei an die Körperschaftsteuer, Börsensteuer und daran, daß auch die Durchführung der bereits verabschiedeten Steuern abgeschlossen wird. (Sehr richtig!) Wir müssen alles tun, was die Volkswirtschaft auch bei denen zur Durchführung zu bringen, die die Produktionsmittel in der Hand haben. Bieleicht auch bietet die Vermögenssteuer durch Besteuerung weiterer Vermögensfähigkeitsgrade eine gewisse Reserve. Um den Ausbau der indirekten Steuern werden wir nicht herumkommen können. Mehrere Gesetzentwürfe sind in Vorbereitung. Das Branntweinmonopol, die Biersteuer, die Besteuerung der bei der Tabaksteuer bestehenden Begünstigung, die Erhöhung der Zuckerversteuer, einschließlich der Schiffssteuer, bei der die Frage eines Raffinerie-monopols entschieden werden wird, spielen dabei eine Rolle. In einer Konferenz mit den Landesfinanzministern ist darüber beraten worden, wie die Erträge des Grund und Bodens in eine moderne Steuerform zu gießen sind. Auch hier stehen noch manche Steuerquellen für die Länder vor, die Ausschöpfung dieser Quellen wird nötig sein, damit die gleichzeitige Finanznot im Reich, in Ländern und Gemeinden beseitigt wird. Die Regierung will sich, sobald wie möglich, von der Rotenpresse befreien. Der von der Geldwertwertung minder betroffene Beschäftigte an sachlichen Werten, die sogenannten Geldwerte, die von der Verringerung des Papiergeldwertes nicht betroffen sind, vorwiegend solche, in denen Gewinne sind, aus Konjunkturen oder aus der Angleichung an die Weltmarktpreise, müssen erfaßt werden. Es muß verhindert werden, daß den Kriegs- und Revolutionsgewinnern der Reparationsgewinnler sich gefehlt. (Sehr gut!) Wir müssen unsere Volkswirtschaft einrichten auf höhere Produktion und nationalwirtschaftliche Sparlichkeit. Unsere Landwirtschaft muß auf die höchste Produktion eingestellt werden. Das gelingt nur, wenn die ganze Landwirtschaft sich energisch an diese Aufgabe macht; weitgehend müssen Motoren an Stelle der Zugtiere benutzt, die Desinfizieren energisch und rasch kultiviert werden. Die Beschäftigung der Arbeitslosen wird dadurch produktiv, Maschinen und Gerätschaften müssen geschaffen werden, die landwirtschaftlichen Genossenschaften rasch und großzügig weiterentwickelt werden. Durch größtmögliche landwirtschaftliche Produktionssteigerung wird unsere Ernährung verbessert und von der Auslandsversorgung unabhängig. Das Verkehrswesen muß zur technischen Höchstleistung ausgebaut werden. Unsere gesamte Industrie auf Höchstleistungen nicht nur nach Qualität, sondern auch nach Quantität eingestellt sein. Normalisierung und Typisierung spielen dabei eine wichtige Rolle. Qualitätsleistungen auf allen Gebieten sind unbedingte Voraussetzung. Agrarstaat oder Industriestaat, wie man hier und da hört, heißt nicht die Parole, sondern: Agrarstaat und Industriestaat! Es muß eine Industrialisierung der Landwirtschaft mit stark gesteigerter Technik erfolgen. Das gesamte Programm kann nur gelöst werden, wenn auch die richtige sozialistische Einstellung des deutschen Volkes gewonnen werden kann. Dies ist ein Problem des sittlichen Wiederaufbaus. In allen Kreisen des Volkes muß der soziale friedfertige Geist Platz greifen. So nur kann der soziale Fortschritt erhalten und die Arbeitslosigkeit gehoben werden. (Zurufe der Kommunisten: Amnestie! Amnestie!)

**Die Vorgänge in Oberschlesien.**  
Als die Abstimmung in Oberschlesien den Polen den erhofften Sieg nicht brachte, hat Korsantyn den Versuch unternommen, mit Waffengewalt das Land zu besetzen. 80 000 Polen, diesseits und jenseits der Grenze, wurden bewaffnet. Der Aufstand brach auf ein Lösungswort aus. Er war keine spontane Volksbewegung, sondern eine künstlich entfachte Rebellion. (Lebhafte Zustimmung.) Terror, Verwüstungen, Plünderungen sind die Folgen. Gewaltiger Schaden ist angerichtet. Die Erde ist aufs Schwerste gefährdet. Gruben und Hüttenbetriebe befinden sich vor dem Zusammenbruch. Schon herrscht Kohlenmangel in Oberschlesien. So sieht es in dem Lande aus, das im Februar v. J. im Zustand des Friedens und Gedeihens der Internationalen Kommission zu treuen Händen übergeben wurde. Die ober-schlesische Bevölkerung hat zur Selbstbehauptung gewährt. Zwei Jahre vor dem Krieg haben bei der Reichstagswahl 70 Prozent der Wähler sich für deutsche Parteien und nicht für die polnische Partei entschieden. Die arabischen Mittel polnischer Agitation haben hieran wenig zu ändern vermocht, das zeigte die Abstimmung. Jede Teilung Oberschlesiens würde den Ruin der abgetrennten Teile zur Folge haben. Oberschlesien kann nur in enger Verbindung mit dem Deutschen Reich bestehen. Selbst Freunde der Polen haben die Unfähigkeit dieses Volkes zugegeben, ein so hoch entwickeltes und kompliziertes wirtschaftliches Gebilde zu verwalten. Uebrigens hat Polen Oberschlesien gar nicht nötig, es verfügt selbst über große Kohlen- und Erzvorräte. Zudem hat die deutsche Regierung sich bereit erklärt, unter Vorzugsbedingungen Polen die für seine Wirtschaft erforderliche Kohle und sonstigen Erzeugnisse zu liefern, solange das polnische Kohlengebiet noch nicht erschlossen ist. Auch weitgehende Hilfe bei Erschließung der polnischen Bodenschätze wurde angeboten.

**Das Ziel aller wahren Patrioten ist, eine Regierung zu bekommen, die sich auf eine bessere parlamentarische Mehrheit stützt.** Diese wird nur gefunden durch sachliche Politik, welche alle, die guten Willens sind, um ein sachliches Programm im Laufe der nächsten Wochen sammelt. Das Ideal dieser Regierung wird sein müssen, die Verwirklichung einer friedlichen Demokratie, die dem deutschen Volke das Leben rettet, am Wiederaufbau arbeitet und damit die Volkswirtschaft in Gang bringt. Wenn das auch das Ziel Englands und Frankreichs ist, so haben sie die Verpflichtung (Zuruf bei den Kommunisten: Amnestie!) — Glode des Präsidenten) der demokratischen Idee Rechnung zu tragen und die Entscheidung in Ober-schlesien dem Willen der Bevölkerung entgegen zu stellen. Irrtümer gegenüber wird die Regierung so lange als möglich sich der Mittel bedienen, die die arbeitslosen Völker in die Hand geben.

**Der Ausnahmezustand**  
in Groß-Sachsen ist aufgehoben, in den übrigen Gebieten wird er baldigt aufgehoben. Die Regierung ist darüber in Verhandlungen mit den Landesregierungen eingetreten.

### Die Ernährungsfrage.

Der schrittweise Abbau der Zwangswirtschaft hat zunächst eine Preissteigerung zur Folge gehabt. Mit allen Mitteln soll die landwirtschaftliche Produktion gehoben werden. Das einzige Mittel zur Unterdrückung des Schiebergeschäftes ist ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Uebrigens hat neulich erklärt, er wolle sein Plan gelten lassen gegenüber Deutschland. Warum will man nicht noch einen Schritt weitergehen? Das demokratische Deutschland hat durch die Annahme des Ultimatus eine ungeheure Last auf sich genommen. Wir erwarten, daß England und seine Führer uns das einräumen, was die Engländer fast hancos nennen. Welche wirtschaftlichen und finanziellen Reformen notwendig sein werden, läßt sich in dieser Stunde in allen Einzelheiten noch nicht sagen. Eine Reform fällt nicht vom Himmel, sie muß mit Fleiß durchgeführt werden. Ich darf Sie bitten, helfen Sie uns, Sie werden uns zuerkennen, daß wir ehrlieber Mithodierung waren und aus dieser heraus über das Wohl des Vaterlandes entschieden haben. (Beifall. — Rufe von den Kommunisten: Was bleibt die Amnestie! — Große Unruhe. — Demonstrativer Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Vöbe schlägt vor, jetzt die Sitzung abzubrechen und die nächste Sitzung Donnerstag, mittags 1 Uhr, stattfinden zu lassen. Tagesordnung: 1. Interpellation des Abg. Dr. Petersen betr. die Vorgänge in Oberschlesien. 2. Die Interpellation Gall-witz. 3. Die Besprechung der Regierungserklärung.

**Abg. Ledebour (USP.):** Wir beantragen, mit der Besprechung der heutigen Regierungserklärung die Besprechung der Anträge zu verbinden, die wir wegen Erlass einer Amnestie, wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes und wegen Abschaffung der Sondergerichte gestellt haben; ferner auch die Interpellation, die mit gleicher Tendenz von den Herren Kommunisten gestellt worden ist. Wir halten es für notwendig, daß diese Anträge mit der Regierungserklärung verbunden werden, weil nach unserer Auffassung zur Ergänzung des Regierungsprogramms eine klare Stellungnahme der Regierung zu den hier angelegten Fragen absolut erforderlich ist.

**Abg. Hoffmann (Komm.):** Ich behaupte, daß die Regierung nicht selber die Amnestie an die Spitze ihres Programms gestellt hat. Eine Regierung, die durch die Revolution an die Spitze gekommen ist, hat die Pflicht, Amnestiefragen besonders Aufmerksamkeit zuzuwenden.

**Der Antrag wird angenommen.**  
**Abg. Simon (USP.):** Ich beantrage, daß als zweiter Punkt der Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses auf die Tagesordnung gesetzt wird, der beweist, daß diejenigen Erwerbslosen, die länger als 24 Wochen erwerbslos sind, eine einmalige Beihilfe gewährt und auch die Unterstützung über 28 Wochen hinaus ausgedehnt wird. Da der Antrag im Volkswirtschaftlichen Ausschuss einstimmig Annahme gefunden hat, können wir diesen Antrag auch hier im Plenum ohne Debatte annehmen.

**Abg. Hoffmann (Komm.):** Ich stimme dem Antrag Ledebour zu, obwohl die Freiheit in einem Artikel unfer gestellten gleichen Antrag als plumpe Demagogie bezeichnete.

**Abg. Ledebour (USP.):** Gestern lag dieser Antrag, der nach dem Verlangen der Kommunisten an demselben Tag hier zur Tagesordnung gestellt werden sollte, noch gar nicht vor. Man kann nicht Anträge auf die Tagesordnung legen, die noch gar nicht bekannt waren, ja noch nicht einmal dem Antragsteller bekannt geworden waren. Der Ausdruck „plumpe Demagogie“ in der Freiheit war deshalb vollkommen gerechtfertigt.

**Abg. Höffein (Komm.):** polemisiert unter großer Unruhe des Hauses gegen Ledebour.  
Der Antrag Simon wird ebenfalls angenommen. Schluß 5 1/2 Uhr.

### Von Nah und Fern.

**Abenteuerlicher Nordversuch.**  
Berliner Blätter berichten über einen abenteuerlichen Anschlag auf ein junges Mädchen, die 18 jährige Tochter eines Beamten in Seefeld. Das Mädchen erhielt am Tage nach seinem Geburtstag durch die Post ein Paket. Beim Heben des Deckels vernahm sie ein verdächtiges Surren. Die Untersuchung des vermeintlichen Geburtstagsgeschenktes ergab, daß es sich um eine Höllensmaschine handelte, die dem jungen Mädchen das Leben gekostet hätte, wenn nicht ein kleiner Materialfehler den Plan des Abenders vereitelt hätte. Für die Auffklärung des Verbrechens wurde eine Belohnung von 8000 Mark ausgesetzt.

**Bombenexplosion.**  
Paris, 1. Juni. Nach Santos ist in Aberdeen (Maryland) eine Bombe explodiert, die gerade auf einem Flugzeug angebracht worden sollte. Zwei Personen wurden getötet und 19 verletzt.

**Staatliche Zusammenstöße zwischen Weihen und Negern.**  
London, 2. Juni. Wie aus Tulsa in Oklahoma gemeldet wird, wurden bei Zusammenstößen zwischen Weihen und Negern 15 Personen getötet.

### Der Wert der Mark.

Stabil auf erhöhter Grundlage.

Es kosteten in Berlin	1.7.14	26.5.21	28.5.21	1.6.21
M a r k				
1 amerikanischer Dollar	4.12	61.98	82.30 1/2	68.20 1/2
1 englisches Pfund Sterling	20.48	243.50	242.7	245.9
100 holländische Gulden	190.00	2172.80	2168.90	2167.80
100 schwedische Kronen	112.00	1438.55	1437.55	1448.55
100 Schweizer Franken	81.00	1093.00	1098.00	1106.35
100 französische Franken	81.00	522.45	519.45	527.95
100 belgische Franken	81.00	529.45	520.05	527.45
100 italienische Lire	81.00	391.45	390.65	391.65
100 tschech.-österreich. Kronen	85.00	15.28	15.08	14.88
100 tschech.-slowakische Kronen	—	90.40	90.50	91.80
100 ungarische Kronen	—	26.77	23.67	26.72

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Freytag in Leipzig.  
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Friedrich Weller, Borsdorf-Leipzig.  
Druck u. Verlag Leipzig Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig

**Wie hoch ich billig!** Heute Donnerstag, 2. Juni, nachm. 3 Uhr und abends 8 Uhr, wird im Saal des Volkswohls, Bismarckstr. 9, öffentlich versteigert werden, wie man ein Mittagessen mit nur 35 Pf. Was kostet, wie man einen Kaufmann mit nur 25 Pf. Was hat, wie man in 5-6 Gläser oder Flaschen mit nur 90-100 Pf. Was Obst oder Gemüse einfach und wie man Speisefrüchte von selbst ohne Küchen in 1/2 Stunde zum Frieren bringt. Alles mit einem einzigen Apparat, mit der garantiert. Columbus-Dampfschaube.



**Besonders günstige Kaufgelegenheit!**



Kostümröcke . . . . . 19.50	Vollvoile hellblau u. rosa, doppeltbreit. . . . . Meter 19.50	Blusenstoffe mit Seideneffekten . . . . . Meter 19.50	Bettuch-Kessel 140 breit . . . . . Meter 19.50
Voiles weiß, bestickt, 120 breit, Meter 19.50	Buntes Bettzeug Deckbettbreite . . . . . Meter 19.50	1 weißes Damenhemd mit Languette 19.50	Emaillie-Satztüpfe blau, 3teilig, Satz 19.50
Voiles farbig gemustert, 120 breit . . . . . Meter 19.50	1 Kissenbezug . . . . . 19.50	1 weiß. Damen-Beinkleid mit Languette 19.50	Emaillie-Teigschüsseln tief, 34 cm 19.50
Tupfenbatiste 100 breit . . . . . Meter 19.50	2 Meter Hemdenflanell . . . . . 19.50	Schürzen aller Art. . . . . 19.50	Emaillie Sand-Seife-Soda-Garnitur . 19.50
Kostümfstoffe . . . . . Meter 19.50	Inlett . . . . . Meter 19.50	Korsetts in allen Welten . . . . . 19.50	Reibmaschine emalliert . . . . . 19.50
2 Meter Waschstoff farbig gemust. 19.50	1 Sofadecke extra schwer. . . . . 19.50	Trikot-Badeanzüge . . . . . 19.50	Zinkwanne tief, 38 cm . . . . . 19.50
Bettwandschoner aus Aidastoff . . 19.50	1 Tischdecke 130x160, rot oder grün 19.50	Trikot-Männerhemden . . . . . 19.50	1 Waschbrett mit Zinkelnlage und 1 Zinkelmer, 28 cm 19.50
Damenblusen in Batist u. Musseline 19.50	1 Wachstuch-Tischdecke . . . . . 19.50	4 Paar schwere Herrensocken . . 19.50	Ideal-Isolierflasche hält Getr. 24 Std. warm oder kalt 19.50
1 Filztuch-Kommodendecke . . . 19.50	1 Schlafdecke . . . . . 19.50	1 Damen-Hemd hose . . . . . 19.50	2 Zierschürzen . . . . . 19.50

**M. Joske & Co., Plagwitz und Markranstädt**

**Wichtige Bekanntmachungen.**

**Pflegestellen für Säuglinge.**  
Familien oder alleinstehende Frauen, die Säuglinge (Kinder bis zu 1 Jahr) in Pflege nehmen wollen, werden ersucht, dies unter Angabe des verlangten monatlichen Pflegegeldes im Stadthaus, Hauptgesch. Zimmer 761, schriftlich oder mündlich zu melden. Jugendamt.

**Marxantstädt.** Wegen Feler des diesjährigen Kinderfestes soll eine allg. Besprechung mit der Eltern- und Einwohnerchaft Freitag, den 3. Juni, abends 7/8 Uhr, im Saale der Gastwirtschaft Rosenkranz, hier stattfinden.

Wir laden die Einwohnerchaft der Stadt hierzu ergebenst ein und bitten um allezeitige Teilnahme.  
Marxantstädt, am 31. Mai 1921.  
Der Festausschub.

**Zaucha.** Freitag, nachmittags 1/2-2 Uhr: Ausgabe von 20 Bld. Kartoffeln im Lagerhaus. Preis: 55 Pf. das Pfund.

**Sparkasse Wahren.**  
Geschäftszeit von 8 bis 1/2 Uhr.

**U.S.P.D. Gross-Leipzig**

**Alt-Leipzig, Bezirk Osten** Freitag, den 3. Juni, abends 7/8 Uhr im Restaurant Gutenberg, Johannsstraße 19: **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die politische Lage. Ref. Rud. Kühn. 2. Vereinsangelegenheiten. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. Die Geschäftsleitung.

**Enthra** Sonnabend, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant Gute Quelle: **Mitgliederversammlung.** Vortrag über: Verfassungsfragen. Es ladet ein Der Vorstand.

**Liebertowitz** Freitag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof zum schwarzen Hahn: **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Gemeinderatsbericht. 2. Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

**Wahren** Freitag, den 3. Juni, abends 7/8 Uhr, im Birtenhöfchen (Lehmide): **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die weltpolitische Lage. Ref. Gen. Alfred Kerschmar. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Leipzig.

**Vollversammlung** aller im Deutschen Transportarbeiter-Verband und organisierten Betriebsratsmitglieder, Betriebsobmänner und Arbeiterratsmitglieder am Freitag, den 3. Juni, abends 7 Uhr, im Eldorado, Waffendorfer Str. 4. In dieser Versammlung werden auch die Delegierten zur Reichskonferenz der Betriebsräte gewählt. Stärkste Wahlbeteiligung ist erforderlich, um Leipzig eine Vertretung auf der Reichskonferenz zu sichern. Die einzelnen Betriebe sollen nicht nur eine Vertretung des Betriebsrates zur Wahl senden, nein, jedes einzelne Betriebsrats- und Arbeiterratsmitglied ist verpflichtet, seine Stimme persönlich abzugeben.

**Löpfer** Sonnabend, den 4. Juni 1921, nachm. 5/6 Uhr, im Volkshaus

**Berichtsammlung**  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die Tarifverhältnisse zwischen Arbeitgeberverband und Annung.  
2. Stellungnahme zum bestehenden Tarifvertrag.  
3. Verschiedenes.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert pünktliches Erscheinen.  
Emil Jähne, 1. Vorsitzender.

**Achtung, Beamte!**

Lehrer, Lehrerinnen, Beamte und Beamtinnen!  
Am Freitag, dem 3. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus rechter Nebenaal, spricht Herr Landtagsabgeordneter S. Siebmann über:  
**Die Parteien und ihr Programm während der Revolution und heute.**  
Nachdem freie Aussprache. — Wir erwarten zahlreiches Erscheinen.  
Der Beamten-Ausschuh der U. S. P. D. Leipzig.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Zentrale Leipzig  
Bureau: Werderstr. 1, II, Hotel Victoria, Zimmer 16-18 und 20-24. Geschäftszeit: Zimmer 16-18 von 9-12 u. 4-8 Uhr, Sonnabends durchgehend von 9-3 Uhr. Zimmer 20 von 9-8, Sonnabends von 1-3 Uhr. Zur glatten Abwicklung der Geschäfte ist es notwendig, die Geschäftszeit auch pünktlich einzuhalten.

**Bergolder und Rahmentischler.** Freitag, den 3. Juni, abends 7/8 Uhr, im Volkshaus, Mittelaal: **Branchenversammlung.** 1. Vortrag Bracht: Verhalten bei Einstellung und Entlassung oder Kurzarbeit. 2. Branchenangelegenheiten. Die Sektionsleitung.

**Drehhler aller Branchen.** Sonnabend, den 4. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café links: **Branchenversammlung.** 1. Vortrag Neufuß: Die Abschaffung des Privat-eigentums. 2. Stand der Lohnbewegung der Gummidrehler. 3. Verschiedenes. Die Sektionsleitung.

**Deutscher Landarbeiter-Verband. Ortsgruppe Stötteritz**  
Sonnabend, den 4. Juni, Anfang 6 Uhr, 8 Uhr Kontor. im Gasthof Zweinaundorf. Sommerachtsball. Gäste willkommen. Der Festausschub.

**KAUFHAUS BRÜHL**

In der Lebensmittel-Abteilung

**Frische Holsteiner Landbutter**

Pfund 24<sup>00</sup> Mark

**Schweineschmalz** Pfund 9<sup>50</sup>  
**Corned beef** . . . 1 1/2-Pfund-Dose 10<sup>80</sup>  
**Apfelmus** tafelfertig . 2-Pfund-Dose 3<sup>60</sup>

**Arbeiter-Bund . . . Samariter-Kolonie Leipzig.**

Sonntag, den 12. Juni 1921  
**Sommerfest**  
in sämtlichen Räumen des Establishments  
Drei Lillen, Lindenbühne  
bestehend in  
**Gartenkonzert, Unterhaltung für jung und alt**  
**Feiner Ball**  
Konzert wird ausgeführt vom verstärkten Orchester des Kapellmeisters Friedrich Runhardt . . .  
Stellen 1/2 Uhr am Rosaplatz  
**Festzug** Abmarsch 2 Uhr nach den Drei Lillen  
Eintrittsgeld einschließlich Steuer und Garberobe 2 Mk. Kinderkarte 1.50 Mk.  
Zu dieser Veranstaltung laden freundlich ein  
Das Festkomitee. Der Zentralvorstand.

**Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege**

**Turn-Vereine**  
**Eiche-Hild.** Alle Herren u. Sportler, Achtung! Heute Donnerstag, 2. Juni, Einzug in die Turnhalle und von 7/8 Uhr an Beginn des gesonderten Turnunterrichts. Alles hat zu erscheinen. — Die Turnerschaft turnt ab 2. Juni jeden Donnerstag. — Interessenten sind herzlich willkommen.  
**Radfahrer-Bund Solidarität**  
**Gau 14. Bezirk II.** Sonnabend den 4. Juni **Bezirksfest** im Sanssouci.  
**Reigenfahrer.** Sonntag, den 5. Juni, vorm. 8 Uhr. Bezirksfahrt im d. Westendhallen, Plagwitz. Erscheinen aller ist notwendig.  
**Schach-Verein**  
**Schachspieler in Marxantstädt.** Sonntag, den 5. Juni, nachm. 3 Uhr, treffen sich die Genossen im Gasthof „Der Linden“, Leipziger Straße 75, zwecks Gründung eines Arbeiter-Schach-Vereins. Weitere Auskunft erteilt Otto Dietrich, Marxantstädt, Albertstraße 4.  
**Samariter-Vereine**  
**Kolonie Leipzig.** Sonnabend, den 4. Juni, abends 7 Uhr **General-Versammlung** nur für Abteilung Zentrum. D. V.

**Familien-Nachrichten**

**Statt Karten.**  
Nachdem wir unseren Lieben und unvergeßlichen Entschlafenen zur letzten Ruhe gebettet haben, sprechen wir allen denen, die uns in diesen schweren Tagen durch Wort, Schrift, Blumenschmuck, Gesang und lebtes Geleit ihre Treue und aufrichtige Teilnahme bezeugt haben, hierdurch unseren innigsten und herzlichsten Dank aus.  
L. Lindenau, den 1. Juni 1921.  
Lina vorw. Paul nebst Kindern.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Leipzig-Dt. Freitag, den 3. Juni, findet der erste Vortragsabend des Genossen Schroers statt. Thema: Hilfsorganisation der Stadt Leipzig. Die Genossinnen von Schnefeld und Baunsdorf sind besonders dazu eingeladen.

Schnefeld, Frauen und Mädchen! Freitag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, Beginn des Kursus Fleißner in der Grünen Gasse, Bernhardtstraße. Gleichzeitig findet am 3. Juni, abends 8 Uhr, ein Vortrag über: Frauenleben in Bad Rohrteich statt. Zutritt nur über 18 Jahre alte Personen.

Ortsverein Moskau. Freitag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Restaurant Saxonla.

Generalsynode der USPD. Freitag, den 3. Juni, nachmittags 6 Uhr, im Sekretariat Sitzung.

Aus dem Stadtverordnetenrat.

(Sitzung vom 1. Juni.)

Einer Eingabe des städtischen Schulrats wegen des Reichsschulgesezes nahm sich Genosse Pabst an. Genosse Freitag machte eine Eingabe in einer Wohnungsangelegenheit zur seinigen. Genosse Scheib nahm sich der Eingabe gegen die Umstellung von Hotelbetrieben an.

Strassenbahn. Ueber eine Rückänderung des Rates wegen der Strassenbahn berichtete Genosse Seidel. Wir haben das Ratsschreiben, in dem eine Reihe Verbesserungen zugesagt werden, bereits im Auszug abgedruckt. Der Ausschuss beantragte, auch die Linie 15 wieder voll auszuführen.

Zu einer Eingabe wegen der Flugabschließung im Westen der Stadt, besonders in L-Platz, beantragten der Betriebs- und Verkehrsausschuss: die Eingabe dem Rat mit der Maßgabe zur Berücksichtigung zu überweisen, daß die Gewerbeinspektion beauftragt wird, strenge Untersuchungen in den Fabriken in L-Platz darüber vorzunehmen, ob die nötigen Flugabschließungen vorhanden sind, gegebenenfalls mit allen geeigneten Mitteln dahin zu wirken, daß Abhilfe geschaffen wird.

Bei dieser Gelegenheit behauptete Herr Grethlein, in jedem Dorfe sei die Straßenreinigung besser als in Leipzig, wie er aber die schlechte Straßenreinigung mit der Befähigung durch Flugabschließung in Verbindung bringen wollte, das ist kein Geheimnis geblieben. Grubenräumung. Bei dem Bericht über eine Rückänderung des Rates zur Grubenreinigung erfährt man durch den Berichterstatter Sellender, daß die Düngereports-W.-G. keineswegs geschlossen ist, wie sie es vor der letzten Tarifserhöhung behauptet hatte. Die Herren haben also nach bekanntem Muter höchst gefährlich und dann ist ihnen auch geholfen worden.

Die Vertretung zum Städtetag.

Der Vorsteher, Genosse Seger, berichtet, daß der Rat dem Abschluß der Stadtverordneten beigetreten ist und zugestimmt hat. Die Delegierten, die Leipzig zustehen, acht Vertreter zum Städtetag geschickt werden. Der Rat hat aber bei der Wahl seiner Vertreter nicht die Parität gewahrt, sondern nur einen Sozialdemokraten und drei Bürgerliche gewählt. Deshalb hat der Wahlausschuss beschlossen, von den Stadtverordneten statt zwei Sozialdemokraten und zwei Bürgerlichen, nur einen Bürgerlichen und drei Sozialdemokraten zu wählen. Dieser Akt ausgleichender Gerechtigkeit fand aber bei den Bürgerlichen keine Gnade, sie versuchten mit Protesten und mit gutem Zureden die Linke des Hauses davon zu überzeugen, daß die Stadtverordneten unbedingt die Parität zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen wahren müßten. Genosse Scheib und der Rechtssozialist Kressin sagten den Herren, daß von den Stadtverordneten unmöglich Parität verlangt werden könne, nachdem der Rat keine Rücklicht gelassen hat. Der Oberbürgermeister versuchte den Nachweis zu erbringen, wie der Rat die Parität aufwahrt, nämlich so: „Wir haben zwei besoldete und zwei unbesoldete Ratsmitglieder gewählt.“ Daß dabei gerade drei Bürgerliche und ein Sozialdemokrat von der Wahl getroffen wurden, scheint demnach nur ein Zufall gewesen zu sein. Aber gerade darum war es selbstverständlich, daß dieser bössartige Zufall von den Stadtverordneten korrigiert würde. Die Bürgerlichen sträubten sich, aber es half ihnen nichts. Bei der Abstimmung wurden zunächst Genosse Seger und der Rechtssozialist Sagen (Scheib und Kressin als Stellvertreter) einstimmig gewählt. Dann wurde abgestimmt über den Genossen Liebmann (Stellvertreter Genosse Krüger). Die Bürgerlichen stimmten dagegen, sie blieben aber mit 28 gegen 35 Stimmen in der Minderheit. Von den Bürgerlichen wurde Herr Heinze gewählt (Stellvertreter Pfarrer Jeremias). Auf diese Weise stimmt die Rechnung mit der Parität wieder. Erstaunlich ist nur, daß die Demokraten nicht ihre Leute gewählt haben, denn ihnen hätte doch der Vertreter nach der Fraktionsstärke zufallen müssen. Daß die Herren Dr. Jund und Meyer gegen Herrn Heinze und Herrn Jeremias zurücktreten mußten, ist doch sehr bezeichnend.

Die Neuordnung des schulpflichtigen Dienstes

betrifft eine Reisvorlage, die wir vor einigen Tagen eingehend behandelt haben. Der Vorlage wurde ohne Aussprache zugestimmt. Eine andre Vorlage verlangte 30 000 M. zur Beschaffung von Entwürfen für die Zentralheizungsanlage im Krankenhaus St. Jakob. Genosse John knüpfte an die Bewilligung der Summe die Bedingung, daß die Arbeiten auch gewissenhaft ausgeführt werden.

800 000 M. für Vermittel.

Die unabhängigen Sozialdemokraten hatten in einer vorhergehenden Sitzung folgenden Antrag gestellt: „Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, bei dem Konto „Schulgemeinde“ des Haushaltsplans 1921/22 im Auf. 270 (Schulbücher, Schreibhefte, Stoffe und sonstige Mittel an unbedeutende Kinder) einen Betrag von 800 000 M. einzusetzen und baldigt Richtlinien herauszugeben, nach denen die Gewährung dieser Lernmittel an Bedürftige zu erfolgen hat.“ Der Schul- und Finanzausschuss beantragten, den Antrag anzunehmen.

Genosse Freitag berichtete über die Ausschussberatungen, wo von bürgerlicher Seite lebhaft gegen den Antrag gearbeitet wurde. Auch im Stadtverordnetenrat fand der Antrag starke Gegner, eine Gruppe einiger Bürgerlichen und des Rates. Den Gegnern war die Summe zu hoch und dann: es ging überhaupt nicht! Der demokratische Professor Dr. Herz, der Vorsitzende des Ausschusses, wollte nur 400 000 M. Berechnungsgeld bewilligen. Der beschlussfähige Ausschuss fand, die Vermittelfreiheit sei ein Ideal, aber er war dagegen, „weil man nicht achtet, was nichts kostet“. Wenn der Antrag angenommen würde, so wolle er das als Katastrophopolitik dieses Hauses huchen. Der Oberbürgermeister war natürlich auch dagegen: Es kostet zwei, die Stadt tut schon das möglichste, und dann grundsätzliche Bedenken: Es sei nicht angängig, die Vermittelfreiheit in der Gemeinde ein-

zuführen, weil dies Reichs- oder Staatsache sei. Viel Hoffnung auf Verwirklichung des Antrags könne der Rat nicht machen.

Den Modernen und Volkshilfsfeinden wurde gründlich heimgeleuchtet. Vollender sagte ihnen, daß der Erfolg des Schulunterrichts für eine große Anzahl von Kindern von der Gewährung der notwendigen Vermittel abhängig ist. Auch der Angestelltenvertreter Kadel sprach für den Antrag. Genosse Pabst sprach für den Antrag als Lehrer, der die Notwendigkeit jeden Tag erkennt. Wir wollen aber auch nicht, daß die Vermittel als eine Art Wohltätigkeit gewährt werden.

Genosse Freitag rechnete den Herren vor, daß bei 800 000 M. auf jedes Kind nur 10 M. entfallen. Bei den Privatschulen für Mädchen waren die Herren von Jeremias und der Rat bereit, auf jedes Kind 142 M. zu bewilligen. Damals handelte es sich freilich um die Kinder der Wohlhabenden. Angesichts dieser Tatsachen, die auch die geschickteste Rabulistik eines Pfaffen nicht aus der Welt schaffen kann, wagt es Herr Jeremias, von Katastrophopolitik der Linken des Hauses zu reden! Dem Oberbürgermeister sagte Genosse Freitag: Was Marxfantastik kann, wird Leipzig wohl auch können. In der Aussprache versuchte Frau Schumann den Unabhängigen einen Vorwurf daraus zu machen, daß der Antrag nicht weit genug gehe. Da dieselbe Frau Schumann diesen Antrag mit unterschrieben hat, muß wohl angenommen werden, daß sie vor 8 Tagen noch nicht wußte, was sie tat; offenbar ist ihr von einem Moskauner Unteroffizier befohlen worden, sich für ihre Unterschrift in aller Deffentlichkeit abzustufen. Es geht doch nichts über kommunistische Weltsicht und Charakterlosigkeit! Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen eine Anzahl bürgerlicher Stimmen aus den Kreisen der Erziehungskräfte angenommen.

Militärische bürgerliche Verbände in Leipzig.

Im vorigen Jahre sollte in Leipzig das Zeitfreiwilligenregiment aufgestellt werden. Die Firma wurde zwar gelöst. Die militärische Organisation aber blieb; sie zerlegte sich in mehrere „Sportvereine“. Als kürzlich in Obersachsen die Kämpfe einsetzten, fanden auch die Leipziger Zeitfreiwilligen Streiter, von denen mehrere im Kampfe fielen. Jetzt sind in den bürgerlichen Blättern die Nachricht für die Gefallenen erschienen, und es zeigen Verluste an:

Der Bund Schwarz-Weiß-Rot, Der Verein Wandervogel 1920, die Vereinigung Bartfa.

Durch das Einsehen ihrer Mitglieder in dem Kampf in Obersachsen haben diese Vereine ganz offen den Beweis erbracht, daß sie militärischen Charakter haben. Wir fragen: Wie lange werden die Behörden die Zeitfreiwilligenformationen in der Maste der Sportvereine noch dulden? Wann werden sie diese gegenrevolutionären, antirepublikanischen, militärischen Verbände auflösen? Wenn es sich um ein Einheitsheer gegen revolutionäre Arbeiter handelt, weiß man ein schnell zugreifen. Das bewaffnete Bürgerturn hat bisher keine Organisationen aufrechterhalten können. Soll auch weiter mit zweierlei Maß gemessen werden?

Kampfanlage der Leipziger Bäckermeister.

Die Leipziger Bäckermeister werden in jeder Innungsverammlung aufgefordert, den am Orte vorwärtsstrebenden Zentralverband der Bäcker zu vernichten. Dazu haben sich die Herren eine gelbe Streifknechtgarde gegründet. Die Bäckermeister wenden den von Obermeister Wittke geführten Kampf in folgender Form an. Bäckermeister Paul Weihe in Möckern, Kirchbergstraße 2, gehört zu den Arbeitgebern, für die Schutzbestimmungen für Gehilfen und Lehrlinge nicht existieren. Der Zentralverband der Bäcker stellte fest, daß dieser Herr schon seit November täglich 14 bis 16 Stunden arbeiten läßt. Auch Sonntagsarbeit war an der Tagesordnung. Da der Mann geküßert hatte, er werde einen Kontrolleur des Verbandes so zurecht, daß er nicht heil seinen Betrieb verlasse, gewährte ein Wächtermeister dem Kontrolleur Beistand. Es wurde festgestellt, daß Weihe die Schutzbestimmungen übertreten hat wie kein anderer. Er beschimpfte die Gehilfen und den Lehrling. Diesen hat er außerdem mißhandelt, daß das Gesicht blutunterlaufen war. Schürze und Taschenmesser waren noch blutbestreut. Sie sind in der Hand des Kontrolleurs. Den Gehilfen erklärte dieser Menschenfreund, er wolle alles daransehen, daß der Verband vernichtet werde. Nur gelbe Gehilfen werde er beschäftigen und keine Verhandlungsumpen und Strohsack. Dieser Mensch brachte es fertig, einen Arbeitslosen Gehilfen zu beschäftigen, der stempeln ging, um nur billige Arbeitskräfte zu haben. Der Lehrling wurde gezwungen, den beherrschenden Kontrolleur die Unwahrheit zu sagen und verbotene Waren zu verkaufen. Von einem solchen Bäckermeister holen Arbeiter ihr Brot. Wir überlassen es der denkenden Arbeiterschaft in diesen Arbeitsbezirken, ob sie es noch verantworten können, diesen Mann zu unterstützen. Zentralverband der Bäcker.

Die Rechtssozialisten in Leipzig.

Die rechtssozialistische Presse bringt Zahlen über die Mitgliederzahl der Rechtssozialisten in Leipzig. Im Mitgliederbestand steht wie folgt aus: Am 18. März 1917 waren vorhanden 82 Mitglieder, am 31. März 1918 waren vorhanden 438 Mitglieder, am 31. März 1919 waren vorhanden 1832 Mitglieder, am 31. März 1920 waren vorhanden 2450 Mitglieder, am 31. März 1921 waren vorhanden 3245 Mitglieder. Aus den Angaben der rechtssozialistischen Blätter geht nicht klar hervor, ob hier Groß-Leipzig oder der Leipziger Bezirk gemeint ist. Nach der Auszahlung über die Wählerstimmen, die den Darlegungen über die Mitgliederbewegung folgt, kann man annehmen, daß es sich um den Bezirk handelt. Die Mitgliederzahl ist gering, wenn man bedenkt, daß die U.S.P.D. im Bezirk 60 000 Mitglieder hat. Die Rechtssozialisten hoffen auf bessere Zeiten. Es ist aber in Leipzig weder für den Reformismus noch für den Futurismus ein günstiger Boden vorhanden, weil die Masse der sozialistischen Arbeiterschaft erkannt hat, daß allein die U.S.P.D. die Partei des revolutionären Sozialismus ist, die festhält an Marxismus und an den Methoden des revolutionären Klassenkampfes. Damit werden sich Rechtssozialisten und Kommunisten abfinden müssen.

Fahrtpreiserhöhung. Ab 1. Juni betragen die Fahrpreise für 1 Kilometer: 4. Klasse 13 Pfg., 3. Klasse 12½ Pfg., 2. Klasse 12 Pfg.; vorher 9, 14,8 und 24 Pfg. Sie sind also erhöht: bei der 2. Klasse um 33 ½ Prozent, bei der 3. Klasse um 30 Prozent, bei der 4. Klasse aber um 44,4 Prozent. Noch schlimmer ist aber die Erhöhung für Wochenkarten: 4. Klasse, wie nachstehende Beispiele zeigen. Es kosten

Table with columns: Wochenkarten, Monatskarten, and sub-columns for IV. Klasse and III. Klasse, showing prices for 1-7 km and monthly rates.

Vor dem 1. Juni kosteten Monatskarten etwa das 17fache der einfachen Fahrkarte. Der Preis für Wochenkarten stand im gleichen Verhältnis wie der Preis für Monatskarten 4. Klasse. Jetzt kosten Monatskarten das 20fache der einfachen Fahrkarte. Wochenkarten kosten aber ¼ der Monatskarten 4. Klasse. Während der Preis für Monatskarten um 55 Prozent gestiegen ist, liegt er für Wochenkarten um 130 Prozent!

Als Grund für die unverhältnismäßige Erhöhung für die 4. Klasse wird Abwanderung in die 4. Klasse angegeben. Die überfüllten 4.-Klasse-Wagen sollen also den Ausfall infolge der leeren Wagen höherer Klassen decken.

An der außerordentlichen Erhöhung der Preise für Wochenkarten soll aber der mit den Wochenkarten verübte Unfug, durch Übertragung an nicht regelmäßige Fahrgäste, schuld sein. Solcher Unfug konnte aber recht gut verhindert werden, wenn die Wochenkarten vom Inhaber unterschrieben werden müßten, wie die Monatskarten. Dies und vielleicht noch die Angabe des Alters des Karteninhabers auf der Karte hätte jeden Unfug unterbunden.

Arbeiter und Angestellte, die in „ständiger Arbeit“ stehen, werden es natürlich vorziehen, anstatt der teuren Wochenkarten Monatskarten zu lösen. Das kann aber ein großer Teil der Arbeiterklasse nicht. Gerade die wirtschaftlich schlechtesten Klassen sind die unverhältnismäßig teuren Wochenkarten lösen, z. B. die Arbeiter, die unständig beschäftigt sind, die ausgeben müssen und zeitweise arbeitslos sind und solche, die den Arbeitsort öfter wechseln müssen. Obwohl sie unter solchen mißlichen Arbeitsverhältnissen schon schwer zu kämpfen haben, werden sie von der Reichseisenbahn noch besonders geküßert.

Von der Arbeiterklasse wird deshalb gefordert, neben Monatskarten noch Arbeiter-Wochenkarten auszugeben, die nur auf Arbeitsbeschneidung erlangt werden und die nur zu 12 Fahrten (6 Hin- und 6 Rückfahrten) an Wochenenden berechnigt. Wenn berücksichtigt wird, daß auf Monatskarten durchgängig mehr als 12 Fahrten wöchentlich ausgeführt werden, so könnte der Preis für Arbeiter-Wochenkarten im Verhältnis zu Monatskarten recht niedrig gestellt werden. Selbstverständlich dürfen bei den jetzigen verheerenden Arbeitszeiten (insolge Kurzarbeit, Schichtwechsel usw.) die Fahrzeiten nicht auf bestimmte Stunden beschränkt werden. Verschärft wird die Situation im Nahverkehr durch die Vorkehrung, daß mindestens 7 Kilometer berechnet werden, auch dann, wenn die Entfernung kürzer ist.

Das Reichsarbeitsministerium soll sich, wie es heißt, nochmals mit Verbilligung des Vorortverkehrs im allgemeinen zu befassen haben. Es muß erwartet werden, daß dabei auch die angeführten Mißstände und Ungerechtigkeiten beseitigt werden.

Der geplante Zirkusbau. Der Zirkusdirektor Stoich-Sarralant verfolgte bekanntlich seit längerer Zeit die Absicht, in Leipzig ein festes Zirkusgebäude zu errichten und darin dauernd Zirkusvorstellungen zu veranstalten. Dieses Plan scheint jetzt zu scheitern, weil offenbar die finanziellen Schwierigkeiten des Unternehmens zu groß sind. In Dresden, wo der Zirkus bereits ein festes Gebäude besitzt, hatte der Direktor von der Stadtverwaltung Erleichterungen finanzieller Art verlangt und dazu folgende Vorschläge gemacht: „1. Dieselbe Steuerleistung wie das Alberttheater oder 2. Zahlung einer Steuerpauschale von jährlich 240 000 M. bei 300 Vorstellungen oder 3. Abführung des dritten Teiles des erzielten Gewinnes.“ Da die Stadt auf diese Vorschläge nicht eingegangen ist, hat sich Stoich-Sarralant entschlossen, sein Unternehmen in Dresden aufzugeben. Nach dem Vorgehen in Dresden hat nun der Zirkusdirektor auch in Leipzig den Versuch unternommen, zunächst einmal festzustellen, durch welche Luftverkehrssteuer der Zirkus eventuell belastet werden würde. Er hat den Rat um Auskunft erlucht und dabei betont, daß seine Geldgeber darüber Sicherstellung verlangen. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß ein Zirkusunternehmen in Bezug auf die Steuern anders behandelt wird, wie andere Unternehmen. Dabei ist es wahrscheinlich, daß aus dem Zirkusbau in Leipzig nichts wird.

Abend der 8. Volksschule, Döllitz, am Freitag, dem 3. Juni, abends 8 Uhr, Vortrag des Herrn Lehrer Schneider über das neue Reichsschulgesetz.

Gegen die Fremdensteuer. Der Verband reisender Kaufleute legt gegen die Einführung der Fremdensteuer in Leipzig Verwahrung ein. Er erlucht die Stadtverordnetenversammlung in Leipzig im Interesse des Handels und der Meßen der Stadt Leipzig, im Interesse der reisenden Kaufleute von der Einführung einer gemeindlichen Fremdensteuer in Leipzig absehen zu wollen.

Fahrtpreiserhöhung. Vom 1. Juni 1921 an wird die im Deutschen Eisenbahn-Verein und Gepäcksamt vorgelehnte Fahrpreiserhöhung für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, für Schulfahrten und für Fahrten nach und von Fernkolonien sowie zu Gunsten der Jugendpflege auch auf die 4. Wagenklasse ausgedehnt.

Abhandlungskommission ist am Mittwochabend eine Handtaische mit amerikanischem Kettensack und 1100 M. Wie der Flekterer in der Anzeige im Interentenblatt der Leipziger Volkszeitung sagt, kann das Geld befallen werden. Nur die Papiere und die Taische sollen zurückgegeben werden. Wir verweisen auf das Interent.

Sozialistischer Studentenbund an der Universität Leipzig. Freitag, den 3. Juni 1921, abends 8 Uhr, Aktion & Gelb. Schloßstraße. Keiner Saal, Dr. Robert Riemann, Spengler und Marx, anschließende freie Aussprache. Gäste herzlich willkommen.

Zum Studium der Vogelstimmen findet am Sonntagvormittag eine Führung ins Oberholz (W. Leonhardt), am Montagnachmittag 5 Uhr eine Führung auf den Südröhrlhof (M. Kirchner) statt. Die Teilnahme ist unentgeltlich. Die Einzeichnungsliste liegt Freitag von 3 bis 9 Uhr und am Sonnabend von 8 bis 5 Uhr im Heimatmuseum (Tröndlstraße 1, Gewerbeausstellung) aus.

Lebensmitteltaler für Freitag, den 3. Juni.

Für Haushaltungen. Ausgabe. Kohlenausgabe für Erwerblose und Kurzarbeiter. Abholung von Gutcheinen für die Ausgabe des Bahnhofs-Bahnhof-Vöhringer Straße (Max & Co.) Nr. 1-206 - Pflanzhof, Eibenallee (Max & Co.) Nr. 1001-1188 - Sellerhausen, Bennigalente (Max & Co.) Nr. 2001-2278 - Cunitzsch, Friedebad (Glets 21, Werner), Einfaßl Chausseehaus, Nr. 3001 bis 3180 - Stötteritz, Dautheitz, (Städtischer Lagerplatz) Nr. 4001 bis 4152 in der Geschäftsstelle, Gerberstraße 3, Zimmer 2. Neuanmeldungen sind nach vorheriger Abmeldung beim Kohlenhändler sofort zu bewirken.

Zuckerartenausgabe für Gastwirtschaften: Perlonenausweis 1-900 in der Warenverteilungsstelle der Wirte, Peterssteinweg 18, gegen Vorlegung des Ausweises.

Beihilfen für billige Kartoffeln (Zentner 25 Mark) an Kriegesbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf die vom Ortsamt ausgegebenen roten, grünen, blauen, braunen und gelben Beugungskarten im Ortsamt für Kriegesfürsorge, Nonnenmühlengasse 8, L. Zimmer 38, von 1 bis 3 Uhr, Buchh. A-G. 1-3 Köpfe erhalten 1 Zentner, 4 und mehr Köpfe 1½ Zentner. Geld ist mitzubringen.

Wahltag, Arbeitlose und Kurzarbeiter! Rindfleischverkauf ab Donnerstag, den 2. bis 15. Juni 1921, pro Pfund 7,70 M., von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags Schlachthof neben Schaaum. Dammfleisch ab 2. bis 15. Juni, pro Pfund 5,75 M. Verkaufszeit und -ort wie beim Rindfleisch. Arbeitslosenrat Leipzig.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine. Sportfesten. Die Vereine, die nach Programm und Festlichkeiten vom Reichsarbeiterturntag abzurechnen haben, werden ersucht, scheinend mit den Genossen abzurechnen, von denen sie die Sachen erhalten haben. Bundesfesten. Die Teilnehmer des diesjährigen Frauenturntages (Samstag, 4. Juni) werden herzlich eingeladen. Am vorläufigen Mitteilung werden, daß die Bundesfeier in nächster Zeit auch für Männerturner eine Festfeier einrichtet. Während durch Bundesfesten.

Sportfesten für Reichsbildung. Am Sonntag, dem 5. Juni, findet in Wartenberg (Brennberg), vormittags 8 Uhr, ein Sportfest statt, für die Wegscheiter, Südbühne, Gruppe Eiben und Wartenberg. Jeder Verein muß vertreten sein. Am Sonntag, dem 12. Juni, für die Gruppe Wartenberg, 9 und 15 Uhr, Freitag und Sonntag, 14 Uhr, findet der Sportturntag in Wartenberg statt. Zeit und Platz wird nächste Woche noch bekanntgegeben.

Verst. Turner: Vereine, die nicht in den Besitz von Übungsmaterial für das ...

Veranstaltungen: Die Umkleung der ...

Zusammenkünfte: Die Turnerschaft ...

Sitzung: Die Turnerschaft ...

Veranstaltungen: Die Turnerschaft ...

Veranstaltungen: Die Turnerschaft ...

Veranstaltungen: Die Turnerschaft ...

Veranstaltungen: Die Turnerschaft ...

Veranstaltungen: Die Turnerschaft ...

Veranstaltungen: Die Turnerschaft ...

Veranstaltungen: Die Turnerschaft ...

Veranstaltungen: Die Turnerschaft ...

Veranstaltungen: Die Turnerschaft ...

Veranstaltungen: Die Turnerschaft ...

Sportklub Ost 1-Schnefeld 1 0 0. - ...

Turn- und Sportverein ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Mitteilungen: Sonntag, den 12. Juni ...

Eingabe gegen die Sonntagsruhe ...

Dagegen wurde ein weiterer Antrag ...

Abgelehnte Strafverfolgung ...

Zur Verstaatlichung des Polizeiwesens ...

Ein neues sächsisches Gewerbesteuerrecht ...

Sächsische Angelegenheiten.

Im Plenum des Landtags ...

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

Einzig berechtigte Uebersetzung ...

Dritter Abschnitt.

Eine Woche ging hin in Herrlichkeit ...

Auch diesmal war ich über das Schlimmste ...

Die letzte Kräfte hatte mich über mitgenommen ...

Die letzte Kräfte hatte mich über mitgenommen ...

Die letzte Kräfte hatte mich über mitgenommen ...

dann wieder zum Schreiben ...

Der „Kommandeur“ erfuhr mich ...

„Den 28.“ antwortete ich ...

„Den 28.“ Er schreibt weiter ...

„Kur eine kleine Charakteristik ...“

„Kur eine kleine Charakteristik ...“

„Kur eine kleine Charakteristik ...“

„Kur eine kleine Charakteristik ...“

Er nimmt mir die Papiere aus der Hand ...

So sah er also in der Nähe aus ...

So sah er also in der Nähe aus ...

So sah er also in der Nähe aus ...

So sah er also in der Nähe aus ...

So sah er also in der Nähe aus ...

So sah er also in der Nähe aus ...

So sah er also in der Nähe aus ...

werbesteuere befähigten, die nicht mehr als 25 Proz. betragen dürfen und für alle Gewerbe gleichmäßig sein müssen. Die Veranlagung und Verwaltung der Gewerbesteuer ist den Kreissteuerbehörden übertragen. Die Steuer ist in vier Teilzahlungen im Mai, August, November und Februar zu zahlen.

Sächsischer Bürgermeistertag.

Unter zahlreicher Teilnahme hielt der sächsische Bürgermeistertag (Vereinigung der juristischen Bürgermeister der bezirksfreien Städte mit revidierter Städteordnung) in Kamenz seine diesjährige ordentliche Jahresversammlung ab. Bürgermeister Dr. Ulrich (Kamenz) begrüßte die Erscheinenden namens der Stadt. Der langjährige Vorsitzende der Vereinigung, Bürgermeister Hesse (Eibenstock) legte aus Gesundheitsrücksichten sein Amt nieder. Ihm wurde der Dank für seine mühevollen Arbeit zum Ausdruck gebracht und dabei betont, daß aus den Kreisen des Bürgermeistertages in der Jahre wertvolle Anregungen für die Entwicklung der sächsischen Städte hervorgegangen sind und daß aus seiner Initiative heraus die Gründung verschiedener für die Gesamtheit der Gemeinden äußerst wichtiger Verbände und Veranstaltungen erfolgt ist. Zum Vorsitzenden wurde Bürgermeister Dr. Schaar Schmidt-Löbau gewählt. Gegenstand der Beratung waren die Neuordnung der Gemeindeverfassung, die Richtlinien für die Wahl der Gemeindebeamten und der Entwurf eines Schulbedarfsgesetzes, die Ferngasversorgung, die Frage der Erhaltung des Grundbesitzes, ferner Fragen der Gemeindeversicherung und der Wohlfahrtsbestreife.

Bauen. Ein großes Lager Fliegerbomben wurde in dem neben dem Bauheuer Flugplatz in Steibitz gelegenen Steinbruch gefunden. Bei dem Auspumpen des Steinbruchs durch den Bächter wurden in dem 10-12 Meter hohen Wasser auf dem Grunde gegen drei Lastautos voll großer und kleiner Fliegerbomben ansatz gefordert, die anscheinend wenig gealtert haben und sich in noch brauchbarem Zustande befinden. Das Ministerium ist von dem Funde sofort verständigt worden. Wie verlautet, hat letzteres, als die Entente-Kommissionen Revisionen abhielten, das Fliegerkommando 3 Lastautos Bomben im Steinbruch verlor.

Kamenz. Die Städte Bischofswerda, Rabenberg, Busznik und Kamenz sowie die Landgemeinde Großschönbrunn beabsichtigen in der Form einer Privatgesellschaft m. B. einen Gemeindeverband zwecks Errichtung eines gemeinsamen Ferngaswerkes zu bilden.

Aus der Umgebung.

Holzhausen. Gemeinderatsbericht. Vom Finanzausschuß ist der Haushaltsplan 1921/22 ausgearbeitet worden, welcher dem Kollegium durch den Vorstand vorgelegt wird. Eine Ausgabe von 198 700.- M. steht eine Einnahme von 128 800.- M. gegenüber. Der Fehlbetrag soll durch Grundsteuererhöhungen gedeckt werden. Die Steuer pro Einheit beträgt 1 30 M. Es erfolgt einstimmige Annahme des Haushaltsplanes. Der Gemeindevorstand berichtet noch über eine vom Finanzausschuß vorgenommene Prüfung der Gemeindefinanzrechnung 1919/20. Aus der Erklärung des Finanzausschusses geht hervor, daß sich die Kasse in bester Ordnung befindet hat. Auf Antrag erfolgt einstimmige Entlastung des Vorstandes. Eine notwendige Dachreparatur am Gemeindehaus wird dem Bauausschuß überwiesen, desgleichen die Prüfung der Kostenanschläge von Zimmermeister Schulze u. Mählmann über die zu errichtende Steigerwand für die Feuerwehr. Der Antrag des Gemeindevorstandes Kemmler, welcher eine Erhöhung der Luftfahrtssteuer verlangt, wird dem Finanzausschuß überwiesen. — Zwecks Neuaufstellung eines neuen Gaswerkes wurde eine Kommission gewählt, die mit der

Stadt Leipzig und dem Gaswerk Engelsdorf unterhandeln soll. — Der vor reichlich einem Jahr gestellte Antrag an die Nachbargemeinden Zwickhausen und Liebertwitz zwecks Gründung eines Zweckverbandes wird nicht von der Gemeinde Liebertwitz dahingehend beantwortet, daß nach eingehender Prüfung der Verhältnisse die heutige wirtschaftliche Lage noch nicht dazu ansetzt, dieser Gründung nuzuzutreten.

ei. Eisenburg. Stadtverordnetenversammlung. Durch die Grundbesitz-Erbfahrl sind der Stadt Eisenburg insgesamt 1 000 000 M. zugeworfen. Leider sind noch Verzinsungszinsen zu erfüllen, so z. B. der Bau eines Silospeichers für die hiesigen Schloß- und Reumühlenwerke, der, nach den heutigen Verhältnissen berechnet, die ganze Erbschaft aufbrauchen würde. Es soll versucht werden, den betreffenden Miterben durch eine Abstimmungsumme zu befriedigen. Für die angenommene und nun der Stadt übergebene Erbschaft soll ein Kuratorium von drei Stadtverordneten, drei Magistratsmitgliedern und dem Testamentvollstrecker (der Oberbürgermeister) als Vorsitzenden bestimmt werden. Dem Testamentvollstrecker sollte dabei das Vetorecht gesichert werden. Nachdem unsere Genossen es ablehnten, einer Körperschaft anzugehören, die nur beratendes Recht besäße, verzichtete der Testamentvollstrecker auf dieses Recht. Als Mitglieder des Kuratoriums werden die Genossen Quilisch und Lorenz und von bürgerlicher Seite Herr Liebold gewählt. Dem hiesigen Arbeiterpartei-Komitee wurde gegen die Stimme des Herrn Jungwirth ein dreizehn Morgen großer Platz im Bürgergarten auf 30 Jahre unentgeltlich überlassen, mit der Bedingung, daß das Kartell die notwendige Einrichtung auf eigene Kosten herstellt. — Das hiesige Arbeitsamt soll in ein Kreisarbeitsamt umgewandelt werden. — Um der Wohnungsnot zu steuern, wird einstimmig beschlossen, eine Anleihe von 1 1/2 Millionen Mark aufzunehmen. Damit sollen nach einem Voranschlag von Bauamt 32 Wohnungen hergestellt werden, und zwar am Ehrenfriedhof acht, an der Höpfgenerstraße zwölf und hinter der Teichstraße ebenfalls zwölf Wohnungen. Hierbei wurde vom Oberbürgermeister bekanntgegeben, daß nach einer Benachrichtigung des zuständigen Ministeriums die Kasernen in Eisenburg frei bleiben. Sofort sind vom Magistrat die erforderlichen Schritte unternommen, um die Kasernen von der Militärverwaltung durch Kauf oder Vertrag für Wohnzwecke frei zu bekommen; desgleichen schweben Verhandlungen über das leerstehende Kasernen. Die hierfür gestellten Forderungen sind aber für die Stadt unerschwinglich. Man hofft auf weiteres Entgegenkommen. Trotz dieser schwebenden Projekte wird mit dem projektierten Wohnungsbau sofort begonnen werden. Die Maschinenfabrik Behnisch will ebenfalls vier Arbeiterhäuser bauen, sofern ihr das Baugelände am Lehmberg von der Stadt zu günstigen Bedingungen überlassen wird. Auch hier wird zugestimmt, um der Abhilfe für die Wohnungsnot nicht hinderlich zu sein. — Bemerkenswert ist, in welcher „großzügigen Weise“ das Reich die Wohnungsnot zu beseitigen gedenkt. Dem Reichs-Deichsel sind als Ueberzeugungsgeschenk (Baufostenzuschüsse) 2 000 000 M. zur Verfügung gestellt. Davon entfallen auf den Landkreis 1 000 000 M. und für die Städte Dethlefs und Eisenburg ebenfalls 1 000 000 M. Von den 50 000 M. würde Eisenburg im günstigsten Falle eine einzige Wohnung erbauen können. So sieht also der Reichszuschuß aus. Trotz der schlechten finanziellen Verhältnisse müssen die Städte trotz aller Schwierigkeiten fortgesetzt werden. — Genosse Lorenz wünscht eine bessere Beachtung des Kinderspielplatzes im Stadt-

a. Groß-Deuben. Aus dem Gemeinderat. Das Ortsgericht betr. Wohnungsluxussteuer wurde, nachdem die Amtshauptmannschaft über 1 Jahr Gebrauch hatte, um es zur Erledigung weiterzugeben, vom Ministerium und Bezirksausschuß in erfreulich kurzer Frist genehmigt. Das Gesetz gilt für die Dauer eines Jahres. Von einem Bericht über die Revision des Gemeindevorstands, dessen Geschäftsführung dabei in Ordnung gefunden wurde, nimmt man Kenntnis. Da der vorjährige Revisor, ein Gemeindepriester, zu erwerben oder zu pachten, nicht geneigt ist, soll erneut die Angelegenheit gefördert werden; das seiner Zeit im Auge gebliebene Land ist inzwischen von Privathand erstanden und wird die Benutzung desselben befreundlicherweise dem Arbeiter-Turn- und Sportverein verweigert.

Berichtssaal.

Landgericht.

Der Herausgeber der „Fackel“ vor Gericht. In dreitägigen (sonntäglichen) Sitzungen verhandelte die 6. Strafkammer gegen die Angeklagten Berner und seine Ehefrau, sowie den Kaufmann W. Krause und den Kaufmann E. Günther. Berner ist schon wiederholt vorbestraft und zwar wegen Betrugs mit 500 M., wegen Erpressungsversuch und Annahme von Amtsgewalt mit 8 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust, wegen Unterschlagung mit 10 Monaten Gefängnis, wegen betrügerischen Bankrotts mit 4 Monaten Gefängnis, wegen Kuppelei und gefährlicher Körperverletzung mit 9 Tagen Gefängnis und wegen Beleidigung mit 2 Wochen Gefängnis. Er war also wie kein anderer berufen in Leipzig Sitte, Moral und Ordnung zu schützen. Jetzt stand er wegen Erpressung und Erpressungsversuch, mit seiner Frau zusammen wegen mehrfachen Betrugs, mit Günther zusammen wegen Erpressungsversuch, Bruch der Beistandnahme und Beamtenbeleidigung, mit Günther und Krause zusammen wegen Vergehens gegen das Preussengesetz und Verbreitung unzüchtiger Schriften vor Gericht. — Er ist gelernter Kaufmann, hat „luzifische Sachen“ für Leipziger Zeitungen geschrieben, verlegte sich während des Krieges auf Fabrication von Körben, die er in der Hausindustrie herstellte, ließ, aber nicht, wollte dann am Operetten-Theater auftreten und wurde schließlich Privatdetektiv und gab die berühmte Fackel heraus, die seine Frau verlegte.

Sein Korbwaren-Geschäft hatte vom August bis Dezember 1918 einen Umsatz von 2000 M., der aber nach seiner Angabe so klein, daß er 5-600 000 M. pro Jahr betrug. Obgleich er „anzu mahnungswürdig“ zu tun hatte“, konnte er nicht weiter arbeiten und ludte die Firma an den Kaufmann E. zu verkaufen, dem er für 2000 M. nichts als eine wertlose Kundenliste aufgab.

Eine Frau Sch. preßte Berner um 3000 M., indem er ihr Briefe, die sie einst an eine Frau M. schrieb, besorgte und ihr vorlas, er müsse eine Abfindungssumme und Schenkungsgelder dafür zahlen. Bei dem Prozesse eines Gewerkschaftsbeamten S. gegen dessen Tochter diente er „unparteiisch“ beiden mit Rat, d. h. er ließ sich von beiden Parteien bezahlen. Vordemwirtinnen in der Wöllcher- und Weberstraße sagte Berner in der Fackel nach, sie hätten behauptet, die Polizeibeamten seien von ihnen bestochen und drohte mit weiteren „Enthüllungen“. Die Artikel hatte Günther geschrieben, der auch gemeinsam mit ihm einen Erpressungsversuch an dem Detektiv H. unternahm und an der Verlesung von 3000 beschlagnahmter Exemplare der „Fackel“ beteiligt war. Alle vier Angeklagten waren außerdem der Verbreitung unzüchtiger Schriften beschuldigt. Die Verhandlung darüber wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Das Gericht verurteilte Berner zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust, seine Frau zu 5 Monaten 2 Wochen Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, Günther zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust und Krause zu 1 Monat Gefängnis.

Image of a frog and a jar of Erdal with text: Spare am rechten Fleck! Erdal ist sparsam, weil es ausgiebig ist, deshalb spare durch Erdal.

Zahngebisse Kupfer, Messing, Blei usw. Schuster & Heise Gr. Fleischerstraße 24, Hof.

Achtung, Hausfrauen. Verspunde ab Freitag und Sonnabend 25 Stück frisch geschlacht. fette Rämmer. Ia Hammelfleisch Wfd 9 M. Keulen ... 10 .. Ia Rindfleisch .. 13 .. Kalbfleisch .. 12 u. 13 .. Tals .. 5 u. 9 .. G. Schollmeyer, Fleischh. Ede Johannisg. u. Johlf. 15.

Nur für Wiederverkäufer! Seifen in großer Auswahl wie Oranienburg, Kernseife, Reine Kernseife, Doppelstüde ca. 420 u. 250 Gramm usw.

Pickeln und Mitesser durch Obermeyer's Medizinische-herba-Selle, andere verlangen vollständig. Dies bekämpft Herr W. Nothmann in Schönthal.

Rüden-Futter Reis 2.15 1.50 Goldhirse 2.80 Körnerl. 1.70 Sühner-Futtermehl 1.40 Mais gerollt 1.70 1.40 Mais-Schrot 1.90 1.80 Knochenmehl 1.40 Geflügelmehl 2.80 2.50 Weizenmehl 1.10 1.80 Weizenmehl 6.50 Preise bei 10 Wfd. im Str. bill. Feist, Adelsstraße 12, Strassenbahn 1 u. 8.

Billig kaufen Sie RÖCKE und Blusen modern, Form., gute Stoffe P. Schmitz Nachf. Nikolaisstraße 5 35 Spekt Hof-Passage, Lad. 36

See-Fische sind jetzt billig! Wir erhalten auch während der warmen Jahreszeit täglich frische Zufuhr. Nordsee Reichstraße 25.

Billige Lebensmittel! Sammelkartons, Speck, hochfein im Gefäße, frische Tafelmargarine, feinste frische Naturbutter zum billigsten Tagespreis, Ia Speck, geräuchert, nicht tranig, Schwarzwild, Rindfleisch im eigenen Saft, Blut- und Leberwurst, Corned beef, Rindstalg, goldgelb, Backfett, Ia holl. Kaka, Maistaffel.

Frische Land-Butter 1/2-Pfd.-Stück 12.-, bei 1 Pfd. 23.- Li., Demmeringstr. 1, pt. Cingana Hausflur Its. Glepner.

Allerfeinste Molkereibutter 24.- Va. Margarine Pfundwürfel, hochfein 8.- Bestes Blotfchmalz 10.- hochfeine Marmelade 3.50 Alle Lebensmittel bekannt gut und billig. 1 Doppeltst. Kernseife zusammen 2.75 1 Dose 2 Pfd. Reis mit Tomaten 3.- Dyck, Stötteritzer Strasse 8b. Tel. 4904.

Sehr günstige Zahlungserleichterung auf Damenkleiderstoffe wie Cheviots i. all. Farben, Kostüm-, Kleid- u. Blusenstoffe, glatt, kariert und gestreift, Musseline, Wolle, Dirndl- und Ballstoffe in Wolle, Halbwole und Seide, erhalten bei M. Rieger, Schleußig, Schnorrstr. 34

Billig kaufen Sie RÖCKE und Blusen modern, Form., gute Stoffe P. Schmitz Nachf. Nikolaisstraße 5 35 Spekt Hof-Passage, Lad. 36

Offene Beine, Unterarmteile, Komplexionschäden behandelt nach bewährter Methode von Hofheiler Hauptmann, U. Gohlts, Markbachstraße 2, Strassenbahn 6, Spreckelst. 10-1. 3-5. Sonnt. vorm.

Frisches Fleisch billiger! Kein Gefrierfleisch Rindfleisch gehacktes Kalbfleisch Flecke Pr. hausschl. Wurst Blutwurst II. Sorte Talg Leutzsch Grenzstraße 4. Leutzsch

Angebot zu enorm billigen Preisen. Mäntel aus Tuch, Covertcoat, Cabardine, in neuen eleganten Formen ... M. 195 350 495 750. Mäntel aus Imprägnierter Seide, Taffet, Colonne, in verschiedenen Farben und ganz besonders schönen Formen M. 375 475 695 995. Jackenkleider in einfacher und eleganter Ausführung, aus Cabardine, Kammgarn englischen Stoffen M. 295 550 875 975. Mantelkleider in besonders schönen, modernen Formen, aus Cabardine, Seidentrikot, Kammgarn M. 195 295 425 750. Imprägn. Mäntel a. Covertcoat, Popeline, Cabardine, vorzügl. bewährte Qualität: M. 175 350 475 575. Strickjacken u. Jumpers aus Seidentrikot, Wolle, Flauch, richtige Längen, neue Farben und elegante Formen M. 85 195 295 395. Kleider aus Seidentrikot, Schleierstoff, Wolle, Frotté, in ganz neuartigen Moden ... M. 89 150 250 475 bis 975. Dirndlkleider aus Wasch- u. Wollstoffen, in ref. aparten Dessins u. Ausführungen M. 120 145 175 205. Blusen, aparte, neue Formen, aus Schleierstoff, Crêpe de Chine, Seide und Wolle ... M. 39 55 75 150. Röcke aus Cabardine, Seide, Frotté, in plissierten u. glatten Formen u. allen mod. Farben M. 55 75 120 180. Morgentöcke u. MatineeS aus Wolle, Seide, Eberbaunen, Musseline, in neuen eleganten Formen M. 95 135 195 250. Ein Posten impr. Mäntel in verschiedenen mod. Farben M. 175. Mädchen- und Knabenkleidung Reichhaltige Ausstattung zu besonders vorteilhaften Preisen M. 150. Ein Posten Wollkleider in schönen Streifen und Karos M. 150. Franz Eberl Frühestes Spezialhaus für Damen-, Daubisch- und Kindergarderobe in Sachsen.

Koffer - Reisetaschen Beste Qualitätsarbeit Erneut im Preise herabgesetzt! Eigene Fabrikation und Reparaturwerkstatt Karl Blau Windmühlenstraße 32 Tauchaer Straße 16...

# Wirtschaftliche Wochenschau.

## Die ewige Krise.

Leipzig, den 2. Juni.

Wir hatten uns in unserer wirtschaftlichen Wochenschau vom 13. Januar, 27. Januar und 3. Februar mit den Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen der gewaltigen Krise befaßt, von der das Wirtschaftsleben der kapitalistischen Welt seit dem Sommer des vorigen Jahres beherrscht wird. Wenn wir seither nicht wieder darauf zu sprechen gekommen sind, so sollte damit nicht gesagt sein, daß sie seither zurückgegangen oder gar erloschen sei. Im Gegenteil, soweit sich aus den im allgemeinen recht lückenhaften und zerstreuten Berichten über die Weltwirtschaftslage ein Ueberblick gewinnen läßt, kann festgestellt werden, daß zwar die Konjunktur keine einheitliche gewesen, sondern starken Schwankungen unterlegen ist, daß aber die Richtung der Konjunktur im allgemeinen noch immer eine abwärtsgehende ist. Die Weltwirtschaftskrise ist nicht nur nicht erloschen, sondern hat wahrnehmbar, obwohl sie nun schon fast ein Jahr dauert, ihren Höhepunkt noch nicht erreicht.

Und wie könnte es anders sein, da die Ursachen der Krise noch nicht beseitigt sind, ja sich sogar seither verschärft haben. Die Verarmung Europas, die Zerrüttung seiner Produktions- und Konsumkraft durch den Krieg und die imperialistischen Friedensschlüsse, die als die unmittelbare Ursache der Krise anzusehen ist, ist weiter fortgeschritten. Die kapitalistischen Regierungen außerhalb und innerhalb Europas sind, obwohl ihnen die Einsicht in die Ursache der Krise nicht fehlen kann, nach wie vor vollkommen unfähig, sie zu beseitigen. Sie haben es nicht nur nicht verstanden, der Produktion und der Kaufkraft der verarmten Länder durch internationales, finanzielles und industrielles Zusammenwirken auf die Beine helfen, sondern sie bemühen sich, vom kurzschichtigsten Wirtschaftsegoismus verblendet, reblich, durch einen verschärften Wirtschaftskrieg, und Zollkrieg die Produktion gegenseitig zu vernichten. Und die durch das Londoner Ultimatum auf Jahre hinaus Deutschland auferlegte Verarmung wird das Ihrige dazu tun, um die Weltwirtschaftskrise zu verewigen.

Aber die von der kapitalistischen Wirtschaftsweise befallenen Länder wüten nicht nur gegeneinander, sondern ebenso sehr auch gegen sich selbst. Indem sie die kapitalistische Profitwirtschaft und damit die dauernde Spannung zwischen der Produktionsfähigkeit, die sich in einer gewissen Bedarfswirtschaft in unbegrenztem Maße erweitern ließe, und der Konsumtionsfähigkeit, die durch den unbegrenzten Mehrwertdrang der Kapitalisten künstlich beschränkt wird, aufrechterhalten, berauben sie sich der Möglichkeit, ihre heute zum größten Teil brachgelegten Produktionskräfte auszunutzen und auszubauen, um sich aus dem Sumpf des Elends herauszuheben.

### Finanzprogramm und Produktionslabolage in Deutschland.

Ein Schulbeispiel dafür liefern die heutigen Zustände in Deutschland. Die Männer der neuen Regierung mühen sich, unterstützt von der gesamten bürgerlichen Presse, im Schweiße ihres Angesichts ab, neue Einnahmequellen ausfindig zu machen, um die gewaltigen Löhner, die die Wiederaufbauarbeiten der Entente in den Reichshaushalt reizen werden, zu verstopfen. Sie haben sich sogar zu der Erkenntnis aufgeschwungen, daß mit mechanischen Steuererhöhungen allein nichts getan sei, daß aus einer erschöpften und lahmgelegten Wirtschaft auch mit dem raffiniertesten Steuerwesen nichts herauszuholen sei, daß die erste und einzige Voraussetzung für die Gesundung der Staatswirtschaft die Gesundung und Stärkung der volkswirtschaftlichen Produktion sei. Aber in dieser Erkenntnis erschwert sich die bürgerliche Weisheit. Wie die Produktion aufrechterhalten, ja gesteigert werden solle, wenn sie den Klauen der Profitjäger, die in Krisenzeiten an ihr kein Interesse haben, weil sie dabei nicht auf ihre Rechnung kommen, nicht entrißen wird, darüber schwebeln diese Wesen.

Und während die Regierungsmänner und Politiker reden, handeln die Kapitalisten. In der letzten Zeit haben sich die Betriebsbeschränkungen vielfach aus Anlaß der vor der Entente auferlegten Wirtschaftsanforderungen, vielfach aber auch nur diese als Ausrede benutzend, unheimlich vermehrt. Besonders die westdeutsche Schwerindustrie, die sich bisher zwar in Klagen über die Verschlechterung der Marktlage nicht genug tun konnte, aber doch im großen und ganzen vollschäftig blieb, ist nunmehr zu Produktionsbeschränkungen in großem Maße übergegangen. Den Anfang machten die Eisengießereien des Rhein-Bezirks, die die wöchentliche Arbeitsstundenzahl auf die Hälfte herabsetzten und mit Arbeiterentlassungen vorangingen. Ihnen folgten eine Anzahl rheinischer Eisenwerke, u. a. der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation. Der Phönix entließ, da ihm die Arbeitsrestriktionen nicht mehr genügen, bei seinem Düsseldorf-Werk rund 650 Arbeiter. Die Geisweider Eisenwerke beabsichtigen, einen Martinofen und eine Kohlenzeche stillzulegen, wodurch 700 Bergleute arbeitslos würden. Die Charlottenhütte hat für den 9. Juni die Stilllegung zweier Hochofenwerke angemeldet, in anderen Betrieben wurde die Erzeugung bis auf die Hälfte herabgesetzt. Im Steierland wurden bisher infolge der Beschränkung von Hochofen 500 Arbeiter beschäftigungslos.

Aber auch der weiterverarbeitenden Industrie geht es nicht besser. Die Benz-Gesellschaft in Mannheim zum Beispiel erklärt, infolge der Auftragslosigkeit eine teilweise Schließung des Betriebes vornehmen zu müssen, die etwa tausend Arbeiter aufs Pflaster werfen wird. In der rheinischen Schloßindustrie genügt auch scharfe Preisrückgänge nicht, um die Läger zu leeren, die Arbeitszeit würde bis auf drei Tage in der Woche eingeschränkt und zahlreiche Arbeiter entlassen. Welchen Umfang die Wirtschaftskrise nicht nur in der von den Sanktionen und der französischen und belgischen Konkurrenz unmittelbar betroffenen rheinischen Schwerindustrie, sondern in allen Industrien, vor allem in der Textil- und Textilindustrie angenommen hat, wird schlaglichtartig von der Tatsache beleuchtet, daß im mitteldeutschen Braunkohlengrundgebiet die Nachfrage nach Rohbraunkohle im April sich so verschlechtert hat, daß auf zahlreichen Gruben Feuer-

schichten oder verkürzte Schichten eingelegt werden mußten. Man wird, wenn man diese Meldung liest, wissen, was man von der ewigen Klage der Unternehmer, daß der noch immer herrschende Kohlenmangel sie zu Betriebsbeschränkungen zwingt, zu halten hat. Man wird aber auch verstehen, was es mit der Ausperrung der Bauarbeiter im Industriegebiet der Provinz Sachsen, die wahrscheinlich nur ein Ausfluß zu weiteren Ausperrungen ist, für eine Bewandnis hat. Die Unternehmer glauben die Zeit für gekommen, die Arbeiter, vor denen sich immer drohender das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit erhebt, stre zu machen — insbesondere wo sie eine derartige Schwächung ihrer Machtposition erfahren haben, wie infolge des kommunistischen Osterputsches in Mitteldeutschland — und ihnen Lohnherabsetzungen aufzuzwingen.

Die Arbeiterschaft wird sich gegen einen Lohnabbau mit dem Einsatz aller ihrer Kräfte zur Wehr setzen müssen, da er in der Preisbewegung absolut keine Begründung findet. Im Gegenteil, die Preise, insbesondere die Lebensmittelpreise, beginnen nach einer vorübergehenden Stagnation allmählich wieder anzuzulehen und diese Bewegung wird in ein rasend beschleunigtes Tempo übergehen, wenn die Steuerpläne der Regierung trotz unseres Widerstandes Wirklichkeit werden sollten. In den Ländern hingegen, in denen in den letzten Monaten im Gefolge der Krise tatsächlich ein auch im Proletarierhaushalt deutlich fühlbarer Preisabbau vor sich ging, wie zum Beispiel in England, Amerika, den skandinavischen Ländern usw., waren die Arbeiter, durch ebendieselbe Krise geschwächt, häufig gezwungen, sich mit einem Abbau der Löhne abzufinden.

### Lohnkämpfe in England.

Im englischen Kohlenbergbau ist es darüber bekanntlich zu einem ungeheuren Kampf zwischen Kapital und Arbeit gekommen, dessen bisheriger Verlauf aber deutlich beweist, daß durch die Wirtschaftskrise nicht so sehr die Profite der Unternehmer beschränkt, als die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt und ihre Macht geschwächt wird. Denn wie sehr auch die Energie und der Kampfeswille, die Opferbereitschaft und Ausdauer der englischen Bergarbeiter unsere Bewunderung verdienen, so läßt sich doch nicht leugnen, daß ihre Position heute ungünstiger ist, als sich nach einem siebenwöchigen Kampfe erwarten ließe. In normalen Zeiten hätte eine siebenwöchige vollständige Einstellung der Kohlenproduktion das ganze Wirtschafts- und Staatsleben aus den Fugen bringen müssen. Heute hat sie zwar auch zu einer derartigen Produktionsbeschränkung geführt, daß manche Industrien so gut wie vollständig stillgelegt sind, zum Beispiel die Schwerindustrie, die von 300 bestehenden Hochofen nur noch 11 im Betrieb hat und im Monat April — der Streik begann erst Mitte April — kaum ein Zehntel der früheren Monatsleistung produzierte. Aber den Schaden haben davon nur die Arbeiter, die zu Millionen arbeitslos geworden sind, während die Unternehmer froh darüber sind, den Arbeitslohn zu sparen und ihre reichhaltig angewachsenen Lagerbestände zu allmählich steigenden Preisen abzulassen.

In der Tat, die Unternehmer haben gute Gründe, vor den Bergarbeitern nicht die Waffen zu strecken. Gibt ihnen doch die Verschärfung der Krise durch den Streik die Machtmittel in die Hand um auch den Arbeitern der andern Industrien Lohnherabsetzungen aufzuzwingen. Für Mitte Juni kündigten die Unternehmer der Metallindustrie eine Herabsetzung der Löhne an, von der einhalb Millionen Arbeiter betroffen werden. Die Arbeiter der Schiffbauindustrie haben sich in Verhandlungen mit den Arbeitgeber mit einer Lohnherabsetzung von 6 Schilling (noch dem heutigen Wertstande ungefähr 75 Mark) wöchentlich einverstanden erklärt. Man wird diesen Entschluß der Schiffbauarbeiter verstehen, wenn man hört, daß in ihrer Industrie etwa 170 000 Arbeitslose gezählt werden und daß gegenwärtig in englischen Häfen etwa 1100 Schiffe mit einem Fassungsvermögen von rund vier Millionen Tonnen stillliegen. (Ende Januar waren es erst 600 Schiffe mit 2.250 000 Tonnen Fassungsvermögen.)

### Handels- und Produktionsrückgang in Amerika

Außerdem ist die Kohlenkrise nicht die einzige Ursache, die zur Stilllegung der Schiffstouren geführt hat. Auch in Amerika, das heute Kohlen in alle Welt liefert, ist die Zahl der aufgelegten Schiffe in schneller Zunahme begriffen. Das Schiffahrtsamt, das während und nach dem Kriege den Bau von Stahlschiffen in eigene Regie übernommen hatte, um mit der für Deutschland erledigten Parole seines erledigten Wills, „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser“, in der amerikanischen Version Geschäfte zu machen, mußte bereits 4 200 000 Tonnen Schiffstahl, das ist nahezu die Hälfte seines gesamten Schiffbestandes, aufstapeln, wozu sich noch sämtliche Holzschiffe und ein großer Teil der Privatschiffe gesellen. Man muß sich, um diese Tatsache zu verstehen, vergegenwärtigen, daß einerseits die Schiffproduktion in den letzten zwei Jahren sich lieberhaft gesteigert hat, andererseits aber der Ueberseehandel einen gewaltigen Rückgang erlitten hat. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel ging der Wert der Ausfuhr von 652 Millionen Dollar im April 1920 auf 384 Millionen Dollar im März 1921 und 344 Millionen Dollar im April dieses Jahres zurück, die Einfuhr sank in der gleichen Zeit von 496 auf 252 bzw. 255 Millionen Dollar. (Es ist dabei allerdings zu berücksichtigen, daß die aus- bzw. eingeführte Warenmenge nicht im gleichen Verhältnis zurückging, da inzwischen die Preise in Amerika bedeutend gesunken sind.)

Natürlich wirkte der Rückgang des Handels auch auf die Produktion zurück, die in allen Industrien bedeutend eingeschränkt werden mußte. Das sicherste Symptom für den Beschäftigungsgrad der amerikanischen Industrie ist der Auftragsbestand des Stahlwerks. Er betrug Ende April 1920 10 300 000 Tonnen, Ende März 1921 nur noch 6 285 000 Tonnen und Ende April 1921 5 845 000 Tonnen. Dafür hat es der Stahlwerk sich auch nicht nehmen lassen, Mitte Mai eine allgemeine Herabsetzung der Löhne um zwanzig Prozent durchzuführen, von der 150 000 Arbeiter betroffen wurden.

Vor kurzem drangen zwar aus Amerika Gerüchte herüber, daß die Krise ihren Höhepunkt bereits überschritten habe und einige Industrien, wie die Textil-, Automobil- und Eisenindustrie sich wieder zu erholen begännen, aber wie angesichts der traurigen Lage Europas nicht anders zu erwarten, hielt diese Belebung nicht lange an und ist einem neuerlichen Konjunkturrückgang gewichen, der, wie die amerikanischen Blätter versichern, sich im Sommer noch verschärfen wird.

Die hier angeführten Symptome der Wirtschaftskrise könnten noch durch viele Beispiele aus den andern wirtschaftlichen Siegerstaaten, wie Japan, den neutralen Staaten Europas und den englischen Kolonien — in Südafrika mußte zum Beispiel vor kurzem die gesamte Diamantproduktion stillgelegt werden — vervollständigt werden. Aber entscheidender ist, daß auch in den kriegsbetroffenen Ländern, für die die Erhöhung der Produktion eine Lebensfrage ist und denen sie bisher infolge ihrer schlechten Wafuta auch in bescheidenem Anmaß möglich war, die Krise unaufhaltsam fortschreitet. Das gilt nicht nur von Deutschland und seinen ehemaligen Verbündeten, deren Wirtschaftskraft durch den Friedensvertrag in schwere Fesseln gelegt und nahezu unterbunden wurde, sondern auch von den Staaten, die zwar wirtschaftlich besiegt wurden, aber militärisch Sieger blieben.

### Die Krise in der Tschecho-Slowakei.

Das zeigt sich nicht nur an dem schweren Existenzkampf, den die Industrie Frankreichs und Belgiens, die noch immer unter den Wirkungen der deutschen Inflation zu leiden haben, führen muß. Selbst ein Staat, der wirtschaftlich von einem so auffällig günstigen Geschick begnadet wurde, wie die Tschecho-Slowakei, in der wirtschaftlich und finanziell, geographisch und psychologisch alle Voraussetzungen für ein rasches und gesundes Aufblühen der Industrie gegeben sind, kann sich den Wirkungen der Weltkrise nicht entziehen. Die Textilindustrie kann sich von dem Schicksal, der ihr vor Monaten durch eine zu teure Einfuhr von Rohstoffen aus Amerika verkehrt wurde, noch immer nicht erholen, im Gegenteil, Betriebsbeschränkungen und Arbeitslosigkeit wachsen in dieser Industrie von Woche zu Woche. Bismäßig noch schlimmer ist infolge chronischer Absatzlosigkeit die verhältnismäßig bedeutende Glasindustrie daran. Selbst der Kohlenbergbau beginnt zu stoden — bis jetzt wurden 70 Kohlengruben stillgelegt und 7000 Bergarbeiter entlassen — und in der Metallindustrie brach Mitte Mai ein gewaltiger Streik aus, der dieselben Ursachen hat, wie der englische Bergarbeiterstreik und der Generallstreik in Norwegen; die Versuche der Unternehmer, die Löhne herabzusetzen, abzuwehren.

### Der Zusammenbruch der italienischen Schwerindustrie.

Am schlimmsten aber steht es in Italien aus. Dieses Land war schon vor dem Kriege industriell sehr schlecht gestellt, da ihm die beiden wichtigsten Rohstoffe, Kohle und Eisen, fast gänzlich fehlten und es auf die Einfuhr angewiesen war, die seine Produktionskosten erhöhte und seine Konkurrenzfähigkeit herabsetzte. Im Kriege wurde künstlich eine bedeutende Kriegs-, namentlich Eisen- und Stahlindustrie gezüchtet, die sehr viele Arbeiter an sich zog und in der gewaltige Kapitalen investiert wurden. Aber es war vorauszu sehen, daß diese künstliche Bilanz nach dem Kriege, wenn der gewaltig gesteigerte Bedarf des Staates aufhören und die ausländische Konkurrenz wieder freie Bahn haben würde, an Unterernährung werde sterben müssen. Nun ist der große Krach eingetreten. Präzidiert wurde er durch die große Metallarbeiterbewegung im Herbst des vorigen Jahres. Schon damals war es klar, daß diese Bewegung, soweit sie handwerklichen Charakter trug, der in der Befreiung der Betriebe seinen Ausdruck fand, zusammenbrechen müsse, da die Todesurteile der italienischen Eisenindustrie geschlagen hatte. Ein weiteres Alarmzeichen war die Nachricht, daß die zwei größten Schwerindustrieunternehmen, die Iva und der Ansaldo, auf ihre riesigen Aktienkapitalen von 300, bzw. 500 Millionen Lire keine Dividende verteilen konnten, und vor kurzem hat die Iva, die das bedeutendste Zentrum der italienischen Schwerindustrie darstellt, erklären müssen, daß das gesamte eingezahlte Aktienkapital von 300 Millionen Lire sowie die Amortisationsreserven im Betrage von 125 Millionen Lire als verloren anzusehen seien.

Es ist ein furchtbarer Schlag, aber nicht der einzige, den die italienische Industrie jetzt zu erleiden hat. Nicht nur die Eisenindustrie, auch die chemische und die Textilindustrie haben bedeutende Betriebsbeschränkungen vornehmen müssen, so daß heute etwa 150 000 Arbeiter ganz beschäftigungslos und 350 000 Arbeiter nur teilweise beschäftigt sind.

Wohin wir blicken, überall daselbe trostlose Bild des Zusammenbruchs der kapitalistischen Produktion, aus dem nur die Schuldigen, die großen Kapitalisten, sich retten können, während die Unschuldigen, die Arbeiter, mit Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzungen dafür blitzen müssen. Und nirgends ein Ausweg zu erblicken, da in keinem Lande die Arbeiter schon so weit sind, die Macht, die Umstellung der Produktion und damit die Heilung der Wirtschaftskrausheit in die Hand zu nehmen, die Kapitalisten aber in allen Ländern nur ein Mittel kennen, um die Krise zu bekämpfen das Mittel, das sie auch in der Privatwirtschaft anwenden, das aber dort ebenso zum Zusammenbruch geführt hat wie in der Volkswirtschaft: das Mittel des Wirtschaftskriegs und Konkurrenzkampfes. Sie glauben das Uebel nicht dadurch heilen zu müssen, daß sie die Nachfrage auf die Höhe der Produktion heben und selbe gleichmäßig weitersteigern, sondern dadurch, daß sie, wie in der Privatwirtschaft, die Konkurrenz der andern Staaten durch Förderung der eigenen Wirtschaftsexpansion und durch Hochschußhülle niederringen, wobei sie übersehen, daß sie sich durch die Verelendung der niedergelungenen Konkurrenten ihr eigenes Grab schaufeln.



Sächsischer Landtag.

54. Sitzung. — 1. Juni 1921.

Zuerst wird die Wahl eines elfgliedrigen

Untersuchungsausschusses

zur Untersuchung der staatlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel vorgenommen. Gewählt werden die Abg. Bubor, Schenker und Schurig (Soz.), Claus (Dem.), Ziller und Dr. Eckhardt (Dn.), Mintwisch und Schmidt-Blauen (D. Sp.), Wesel und Kröhner (Unabh.), Granz (Komm.)

Sodann berät das Haus über die Eingabe des Landesauschusses des Sächsischen Handwerkes, Dresden, die sich gegen die

völlige Sonntagsruhe im Feilergewerbe

richtet. Die Regierung will die Eingabe auf sich beruhen lassen. Der Prüfungsausschuss jedoch hat durch Zufallsmehrheit von einer Stimme beschlossen, die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nachdem sich die Vertreter der Rechtsparteien gegen, und die Vertreter der Linksparteien für die Sonntagsruhe ausgesprochen haben, wird der Antrag des Prüfungsausschusses mit 35 gegen 41 bürgerliche Stimmen abgelehnt. — Uebrigens ist ja die Verordnung bekanntlich bereits zurückgezogen worden. — Auch die Eingabe des

Reichsbekleidungsamtes

Dresden betr. Befassung des Betriebs des Reichsbekleidungsamtes beim Reichshandelsministerium oder Uebernahme in eigene Regie will der Prüfungsausschuss der Regierung zur Berücksichtigung überweisen.

Abg. Kunjsh (Dn.): Das Reichsbekleidungsamt arbeite bedeutend teurer als der freie Handel. Es müsse verhindert werden, daß eine solche Stelle, die keine Steuern zu zahlen braucht, dem durch Steuern belasteten freien Handel Konkurrenz bietet.

Wirtschaftsminister Fellisch tritt den Ausführungen des Abg. Kunjsh entgegen. Es könne nicht die Rede von einem ungleichen Wettbewerb gegenüber dem freien Handel sein. Die Regierung hat sich nach reiflichen Erwägungen entschlossen, das Reichsbekleidungsamt in Staatsregie zu übernehmen.

Abg. Jähniq (Dem.): Der sächsische Staat sei nicht in der Lage, das Bekleidungsamt in eigene Regie zu übernehmen. Es würde dann mehr auf Privataufträge ankommen.

Abg. Franz (Soz.): Seine Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß das Reichsbekleidungsamt vom Reich oder, falls dies abgelehnt würde, vom Staate übernommen werden solle. Ein Abbau der Preise könne nicht dadurch erreicht werden, daß man die Arbeit in so und so vielen kleinen Betrieben verzeitere.

Durch die Massenkonfektion würden große Mengen Stoff erspart, was für die Dienstkleidung der Beamten sehr wichtig sei. Es seien im Reichsbekleidungsamt viele Schwerkriegsbeschädigte angestellt, die bei Auflösung des Reichsbekleidungsamtes auf dem Straßenpflaster liegen würden, denn ein kleiner Schneidermeister sei nicht in der Lage, einen Schwerkriegsbeschädigten einzustellen. Wenn dieser Reichsbetrieb aufgelöst würde, so käme das nicht den kleinen Schneidermeistern, sondern den privaten Großbetrieben zugute.

Abg. Wittke (D. Sp.) spricht ebenfalls gegen die Uebernahme in Staatsregie.

Abg. Ebert (Komm.): Was im Reichsbekleidungsamt durchgeführt sei, sei geradezu mustergültig. Deutschland sei bisher nur deshalb konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt gewesen, weil keine Unternehmer die niedrigsten Löhne gezahlt hätten. Im übrigen herrsche in der deutschen Industrie ein großer Schandrian. In rationelle Arbeit sei nicht zu denken. Aber gerade im Reichsbekleidungsamt sei eine rationelle Arbeit mustergültig durchgeführt.

Dr. Hermann (D. Sp.) erhebt gegen den Ausdruck „Schandrian in der deutschen Industrie“ Einspruch. Seine Wirtschaft habe Deutschland groß gemacht, und die Kommunisten, die alles zerstören wollten, hätten kein Recht, so zu sprechen.

Abg. Kunjsh (D. Sp.): Eine Konkurrenz unter ungleichen Bedingungen sei eben unaufer. Es sei ein Verbrechen am deutschen Erwerbsleben, Betriebe einzurichten, die keine Steuern zahlen.

Abg. Kröhner (U. Soz.) (als Berichterstatter): Als bekannt wurde, daß das Reichsbekleidungsamt aufgelöst werden sollte, hat sich der Betriebsrat erkundigt, ob und wo Arbeitskräfte eintreten könnten. Er hat dabei den Befehl erhalten, daß keine Arbeitskräfte gebraucht werden.

Die Eingabe, die sich gegen die Auflösung des Reichsbekleidungsamtes wendet, wird mit 40 gegen 39 bürgerliche Stimmen der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. —

Darauf befragt Abg. Kunjsh (Dn.) die Anfrage, welche Schritte das Wirtschaftsministerium unternommen hat, daß die in Sachsen liegenden Reichsoberpflegungsämter bei ihren an sächsische Anstalten übernommenen Brotlieferungen die für Sachsen

Brotstreckungsvorschriften

nicht einhalten. Wirtschaftsminister Fellisch entgegnet, daß, soweit es unterrichtet ist, es nicht zutrifft, daß die Reichsstellen die für Sachsen erlassenen Streckungsvorschriften nicht einhalten. Das Wirtschaftsministerium hat sich mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Verbindung gesetzt und um Stellungnahme gebeten. Da es sich hier nur um eine Frage untergeordneter Natur handelt, wird eine Regelung nicht schwer sein.

Eine kommunistische Anfrage will Auskunft darüber, was die Regierung zu tun gedenkt, daß bei als Notstandsarbeit ausgeführten Straßenbau Schönfeld-Wiesa-Wiesendob und Grundbach verfrachte Arbeitszeit eingeführt wird.

Regierungsrat Jhude erklärt, daß die Regierung sich bemüht habe, Notstandsarbeiten nach dem vorliegenden Bezugs zu bekommen. Zunächst sei dies nicht möglich gewesen, um eine größere Erwerbslosigkeit zu verhindern, sei man im Einverständnis mit dem Gewerkschaftsverband auf eine Verkürzung der Arbeitszeit gekommen.

Nach kurzer Aussprache tritt Arbeitsminister Jädel einigen kommunistischen Anwürfen entgegen und erklärt, daß gegen die Bestimmungen des Reichsministeriums nicht verstoßen werden könne. Die Maßnahmen des Arbeitsministeriums seien im Interesse der Arbeiterschaft unbedingt notwendig. —

Damit ist der Gegenstand erledigt und die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 2. Juni. Tagesordnung: Vorlage über den Entwurf eines Gewerbesteuerergesetzes. —

23. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Sieben.

1. Verhandlungstag.

Nach einigen Begrüßungsworten schildert Kamerad Döfler die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Obersachsen auf Grund reichhaltigen Materials. Die Bedeutung Obersachsens liegt in seinem großen Reichtum an Kohlen und Erzen, die dort übereinandergelagert sich vorfinden. 350 Schächte und 190 000 Bergarbeiter sind dort vorhanden. Der Wert der bergbaulichen Produktion Obersachsens beträgt zur Zeit pro Jahr 1,8 Milliarden. In der ober-sächsischen Eisenindustrie erzeugen 80 000 Arbeiter Produkte im Werte von 5/8 Milliarden Mark.

Insgesamt befristet sich der Wert der gesamten ober-sächsischen Industrieerzeugnisse auf 18 Milliarden Mark pro Jahr bei einer Gesamtarbeiterschaft von 300 000 Mann. Der gesamte Güterverkehr betrug im abgelaufenen Jahre 52 Millionen Tonnen. Diesen Reichtum sucht sich der polnische Kapitalismus anzueignen. Döfler gibt darauf eine Schilderung des ober-sächsischen Polen-aufstandes auf Grund der verschiedenen Zeitungsmitteilungen. In Katowitz haben die Polen das Wasserwerk besetzt und verabschiedet nur an solch. Einwohner Wasser, die ein polnisches Mit-gliedsbuch aufweisen. Die Zuteilung an Polen muß im Interesse der Arbeiter unterbleiben, da sie dort weder Freiheiten noch Rechte haben. Polen kann an Obersachsen nicht gefanden, Ober-sachsen muß aber an Polen zugrunde gehen. In einer angenommenen Resolution wird das Nichterscheinen der ober-sächsischen Delegierten infolge des polnischen Terrors bedauert und gewünscht, daß die Besatzungstruppen der polnischen Gewalt Herrschaft ein Ende machen. Auf Grund der Volksabstimmung, 62 gegen 88 Prozent zugunsten Deutschlands, wird die Zuteilung Ober-sachsens an Deutschland gefordert. Diese Entscheidung wird mit allen gegen 3 Delegierte beschlossen.

Hierauf widmet der Vorsitzende Waldhauer den Verstorbenen des Verbandes einen längeren Nachruf. 2107 Mitglieder sind im Jahre 1919, 3179 im Jahre 1920 gestorben. In dieser Sterbeziffer kommt zweifellos die ungünstige Nachwirkung des Krieges zum Ausdruck.

Der heftige Wirtschaftsminister Raab begrüßt den Kongreß im Auftrag der heftigen Regierung.

Eine Solidaritätskundgebung für die streikenden Bergarbeiter im Wabdenburger Revier und in Sieben wird einstimmig angenommen.

Nach Erledigung des zeremoniellen Teils tritt die General-versammlung in die eigentliche Tagesordnung ein. Den allgemeinen Geschäftsbericht erstattet Hufemann-Bochum. Ausgehend von den verschiedenen politischen Ereignissen in der Berichtszeit — Kapp-Putsch und kommunistischer Märzputsch, Sanktionen, Ultimatum — schildert er das Wirken des Verbandes bei den verschiedenen Gelegenheiten. Die Kohlenförderung hat noch immer nicht ihren alten Stand erreicht, insbesondere liegt die Förderung von Qualitätskohle noch sehr danieder. Dagegen hat die Braunkohlenförderung beständig zugenommen. Der Kalibergbau hat andauernd unter sehr schweren Krisen-erscheinungen zu leiden. Durch die Abtretung Elsaß-Lothringens ist das deutsche Kali-Weltmonopol gebrochen. Infolge der reichen Kalivorkäte werden immer wieder neue Schächte abgeteuft — 67 im Vorjahre —, während wegen der beschränkten Aufnahmekapazität des Marktes alte Anlagen stillgelegt werden. Die Folge ist eine große Arbeitslosigkeit bzw. Arbeitsbeschränkung.

Der Erzbergbau leidet unter der Konkurrenz der an Qualität besseren Auslandsminerale. Die deutschen Industriellen weigern sich vielfach, die einheimischen Eisenerze zu verarbeiten. Deshalb müssen sie durch Geheggebung gezwungen werden, auch einen großen Teil deutscher Erze zu verwenden.

In längeren Ausführungen beschäftigt sich Hufemann mit dem Uebersehichtenabkommen und der Stellung des Verbandes zur Sechstundenschicht, welche beiden Punkte die heftigste Kritik der Opposition erfahren haben. Das Uebersehichtenabkommen wurde getroffen, um die Kohlenlieferung auf Grund des Friedensvertrages zu ermöglichen, um dem wilden Uebersehichtenstreik seitens eines Teiles der Kameraden Einhalt zu gebieten und die notwendigen Uebersehichten auf alle Bergarbeiter gleichmäßig zu verteilen. Anlaß zu dem Abkommen gab ferner das Ueberlaufen der Gewerkschaftsbureaus und der Betriebsräte durch Deputationen aus allen Teilen des Reichs, die für ihre speziellen Betriebe Kohlenlieferungen durch Uebersehichten zu erzielen suchten. Zur Frage der Sechstundenschicht vertritt er den Standpunkt des Verbandes, der die internationale Regelung verlangt. Solange dies nicht möglich ist, kann Deutschland allein nicht die Sechstundenschicht einführen. Er verteidigt die Zusammenarbeit mit den Unternehmern in den Arbeitgemeinschaften und das Zusammengehen mit den andern Bergarbeiterorganisationen.

Die Mitgliederbewegung des Verbandes, so sagt Hufemann, ist wenig zufriedenstellend. Die Schuld daran trägt die maßlose Hege, die von den Kommunisten und Unionisten gegen den Verband getrieben wird. Eine Konferenz der kommunistischen Zellen mit den Unionisten hat sich angeschlossen, zu der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes Stellung zu nehmen. Es kann nicht gebudet werden, daß die eigenen Mitglieder mit geringen Veränden gegen die eigene Organisation vorgehen. Bezeichnend ist ferner der Aufruf zur Gründung einer nationalen Bergarbeiterunion. Das ist die Folge der kommunistischen Hege. Wer den Verband ständig angreift, die Amsterdamer Internationale als geiß bezeichnet und wer die nomidende Disziplin nicht achtet, wird ausgeschlossen.

In der Nachmittagsitzung referiert Schmidt-Bochum über Tarif- und Lohnbewegungen. Zum erstenmal seit Bestehen des Verbandes liegt dem Verbandstag die Genehmigung zu einem allgemeinen Tarifabschluß vor. Alle Verträge einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind vor dem Kriege an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert. Das lag an den mangelhaften Organisationsverhältnissen vor dem Kriege. Mit der Kräftigung des Verbandes wurde auch der Widerstand der Unternehmer gebrochen. Es ist daher nicht zu verstehen, daß sogar noch in Arbeiterkreisen Gegner des Tarifgedankens vorhanden sind. Die Tarife haben vor allem gleiches Recht für alle geschaffen und die bisherige Unsicherheit in den Lohnverhältnissen aufgehoben. Vorher erfuhr der Bergarbeiter erst bei der Lohnzahlung, was er verdient hat, jetzt sind alle Lohnsätze tariflich geregelt. Heute sind für alle Zweige im Bergbau Tarife abgeschlossen. Im Steinkohlenbergbau arbeiten jetzt rund 900 000 Arbeiter unter tariflichen Verhältnissen, im Braunkohlenbergbau 206 000 Arbeiter und im Kalibergbau 47 000 Arbeiter. Ein großer Teil der Unternehmer und Betriebsführer kann sich den neuen Verhältnissen immer noch nicht anpassen. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß von den wenigen Tarifbrüchern der größere Teil auf das Schuldkonto der Unternehmer zu setzen ist. Pflicht der Organisation und der Betriebsräte ist es, hier einzugreifen. Als Pflicht bezeichnen es der Referent, dafür zu sorgen, daß in Streiks nur eingetreten werden darf, wenn die Tarife vorher gekündigt sind.

Ein weiteres Referat befaßt sich mit den Betriebsräten im Bergbau. Die Betriebsräte verfügen vielfach nicht über die nötigen Kenntnisse, um den Vorkräften der Unternehmer erfolgreich entgegenzutreten. Geplant ist die Abhaltung eines Reichs-kongresses für Betriebsräte im Bergbau, sobald sich entsprechende Wünsche und das Bedürfnis bemerkbar machen.

Ueber Bergmannsstellungen spricht Thimm. Der Verband hat sich zur Förderung des Siedlungswesens eine eigene Abteilung eingerichtet. Seine Ausführungen gipfeln in der Forderung des Baues von Einfamilienhäusern auf der Grundlage der Eigenheimbewegung. Die bisherige Art des Wohnungsbaues auf Grund der Kohlenabgabe und staatlichen Zuschüsse muß vorläufig beibehalten werden. Geplant war der Bau von 150 000 Bergarbeiterwohnungen, deren Herstellung in fünf Jahren vorgesehen war. Infolge der weiter gestiegenen Baukostensteigerung reichen die vorgesehenen Mittel nicht aus. Statt des im laufenden Jahre vorgesehenen Baues von 30 000 Wohnungen konnten nur 11 000 Wohnungen erstellt werden. Aufgabe der Allgemeinheit ist es, helfend einzugreifen.

Den gebredt vorliegenden Kassenbericht erstattet Bittner-Bochum. An Mitgliedbeiträgen gingen 1920 bei der Haupt-kasse 34 219 445 Mk., bei den Lokalkassen 5 150 791 Mk. Die Zinsen erbrachten 1/2 Millionen und bedeuten damit acht Neuntel der persönlichen Ausgaben. An Ausgaben beanspruchte die Krankenunterstützung 2 131 095 Mk., die Sterbunterstützung 225 873 Mk., die Arbeitslosenunterstützung 143 957 Mk. Das Verbandsorgan

beanspruchte 2 467 843 Mk., die Agitation 1 564 242 Mk., Bibliotheken und Unterrichtsursprache 352 600 Mk. An Streikunterstützung wurden insgesamt 2,2 Millionen Mark ausbezahlt. Das Verbandsvermögen beträgt zur Zeit rund 40 Millionen Mark.

Den Bericht der Redaktion erstattete Wagner-Bochum. Den Bericht der Jugendzentrale erstattete Kamerad Dierroth. Im ganzen Verbandsgebiet bestanden zur Zeit 187 Jugendabteilungen. Verschiedene Jugendsekretäre wurden angestellt. Der beste Bezirk ist Essen, der fast in allen Zahlstellen Jugendfunktionen erledigt hat. Erstreblich ist die größere Mitarbeit der Jugend an der allgemeinen Verbandsarbeit. Im Hauptverbandsbureau sollen eine Anzahl Jugendliche angestellt werden, welche als Nachwuchs unserer Angestellten in Frage kommen.

1. Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten.

Weimar, 31. Mai.

k. Wenn, als Berichterstatter der Revisionskommission, konstatiert tabellose Führung der Kassenbücher und beantragt Entlassung für Giebel als Leiter der Pensions- und für Wucher als Leiter der Hauptkasse.

Udo berichtet über die Werbearbeit des Verbandes. In erster Linie müsse fortwährend das Ligenewebe zerdrückt werden, das gegnerischerseits über den Zentralverband verbreitet wird. Daneben habe man sich bemüht, auch dem Ruf nach grundsätzlicher aufklärenden Druckschriften Folge zu leisten. Jedoch gerade der Absatz der letzteren Schriften ist ungenügend. Ihn zu heben, sei der Ausbau des Vertrauensmännersystems vonnöten. Das Material, das vielfach auch (mit geringen Abänderungen) für die bürgerliche Presse sich eigne, müsse von Gau- und Ortsleitungen nach Möglichkeit auch in die bürgerliche Presse lanciert werden. Aber auch hierin wie auch in der Uebermittlung von Material an die Zentralverbestelle über wichtige Vor-kommnisse im Beruf sei eine große Säumigkeit der meisten Zahlstellen zu beklagen. Das vom vorigen Verbandstag beschlossene Frauenreferat ist vorurteillos eingeleitet worden. Es dürfe aber nicht dazu führen, etwa ein gegenständliches Interesse von Frauen und Männern im Beruf zu konstruieren. Es sei nach gleicher Bezahlung von Frauen und Männern für gleiche Leistung zu streben. Was aber die oft gehörte Behauptung anbelangt, daß zu den Frauen am wirksamsten von einer Frau geredet werde, so habe diese Auffassung sich als wenig stichhaltig erwiesen. Kollegin Grieb habe sich mit größter Gewissenhaftigkeit bemüht, der ihr übertragene Aufgabe gerecht zu werden. Aber alle Erfahrungen laufen dahin, daß man sich frage: Was soll die Weiterführung eines besonderen Frauenreferats? In Bezirken mit zahlreicher weiblicher Arbeitskraft möge man tüchtige Kolleginnen als Sekretärinnen anstellen, aber nicht zur Leistung einseitiger Frauenagitation, sondern allgemeiner Gewerkschaftsarbeit. Vor allem aber sei Ausbau des Vertrauensmännersystems zu fördern, dann habe der Vorstand bei seiner Agitation einen festen Rückhalt im Lande. —

Der Bericht über die Presse wird vom Redakteur Lange gegeben. Fachblätter für die einzelnen Berufs-kategorien seien neu eingeführt, dagegen die früheren Gausblätter abgeschafft worden. Die Einrichtung der Fachblätter, die zudem bei den bürgerlichen Konkurrenzorganisationen wenigstens nicht in der gleichen Form und Zustellung vorhanden, habe sich gut bewährt. Der Bezug der Zeitungen durch die Ortsgruppen müsse noch sorgfältiger organisiert werden. Eine Reihe von Ortsgruppen liefere hier Vorzügliche, in einer großen Reihe aber müsse noch viel mehr Eifer entfaltet werden. Es könne bei der Beitragskündigung die Vorlegung der Abbonnementsquittung verlangt und erforderlich sein, falls auf den Bezug der Zeitung gedrungen werden.

Den Redakteuren des Verbandsorgans sind sächsische Mitarbeiter zur Redigierung der Fachblätter zur Seite gestellt. Gau-leiter und Ortsgruppen aber mögen ebenfalls alles Wissenswerte rechtzeitig einsenden.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Redakteuren und Ein-sendern sind nicht in erheblichem Maße eingetreten. Die verfeh-denerseits gewünschte Behandlung des Esperanto in der Zeitung müsse Redner als nicht zum Organisationswesen gehörig ablehnen. Dem Verbandsvorstand möge eine etwaige weitere Gliederung in Fachzeitschriften überlassen werden. —

Müller (Verbandsauschuss) berichtete über dessen Tätig-keit, die sich hauptsächlich auf die Behandlung von Beschwerden interner Art (Ausschlüsse usw.) bezogen. Eine Kommission zur Untersuchung der Berufungen wird eingesetzt. Durch eine ein-mütige Kundgebung gibt der Verbandstag seiner Sympathie und Solidarität für die im schweren Kampfe stehenden streikenden englischen Bergarbeiter Ausdruck. Giebel stellt gegenüber der Behauptung eines Berichterstatters der Kölnischen Zeitung, der Afa-Bund schaue tatenlos der bedrücktesten Teilung Obersachsens zu, fest, daß dies läugerliche Anwürfe sind, auf die der G. d. A. in seinem Kampf nicht verzichten mag.

Auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission wird das Mandat des Kollegen Mikalitz-Leipzig für ungültig erklärt und werden alle andern Mandate für gültig erklärt. Das Fehlen der ober-sächsischen Delegierten (aus Besatzungsgründen) wird lebhaft be-dauert und allen ober-sächsischen Kollegen herzlichster Gruß und Sympathie entboten.

In der Diskussion bestätigt Kollegin Grieb (Leiterin des Frauenreferats) die Ausführungen Udos, daß die Führung des Frauenreferats gemäß den alten Richtlinien nicht hätte vor sich gehen können, ohne die Organisation zu zertrennen. Es beständen, beruhtlich betrachtet, eben keine streng geschiedenen Männer- und Frauenangelegenheiten. Außerordentlich zu klagen sei auch hier wieder über mangelnde Unterstützung der Institution durch die Ortsgruppen. Eine Frau in der Hauptleitung, ohne Unterstützung durch die Ortsgruppen, sei ein verlornere Posten. Der Rednerin Vorschlag geht auf Ersetzung des Sekretariats in seiner jetzigen Form durch einen andern großzügigen weiblichen Werbeapparat mit einer Zentralstelle im Hauptortstand. —

Diesen Ausführungen tritt im besonderen Grete Weinberg-Berlin entgegen, die entwickelt, daß es ein gutes und großes Frauenarbeitsgebiet gebe. Die Frauenfrage bleibe immer bestehen und sei ungelöst, solange die volle Befreiung des Pro-fessariats nicht durchgeführt. Deshalb sei den von ihr dargelegten Frauenangelegenheiten eine besondere und noch stärkere Vertretung als bisher im Verband zu sichern, wobei es jedoch auch dieser Rednerin nicht auf das strikte Festhalten an Namen und alten Einzelheiten der bisherigen Institution ankomme. Ueber die weitere, auch am Dienstag spät nachmittags noch fortgehende Dis-kussion berichten wir im morgigen Bericht zusammenfassend.

Gewerkschaftsbewegung. Der Kampf gegen das Trinkgeld.

Obwohl bereits seit zweieinhalb Jahren das Trinkgeld offiziell in den Hotels und Gastwirtschaften auf Grund eines Lohn-tarifs abgeschafft worden ist, hat es in der letzten Zeit den An-schein, als ob es gewissen Gruppen der Arbeitgeber und Arbeiter zweckmäßiger erscheine, die Entlohnung in der alten vorkriegs-zeitlichen Form wieder aufleben zu lassen. Unstreitig ist, daß der Hauptfaktor in dieser Frage, nämlich das zahlende Publikum, die Abschaffung seinerzeit mit Genugtuung begrüßte. Es steht aber auch fest, daß nach und nach die einst geschlossene Kette gegen das Trinkgeldwesen von allen Beteiligten und nicht zuletzt auch vom Publikum durchbrochen worden ist. In einer Besprechung aller Interessenten, die die Gesellschaft für soziale Reform vor einigen Tagen in Berlin veranstaltet hat, kam der lebhafteste Wunsch zum





Dr. Geiners Salinisch-  
Terpentin-Selbepulver

# Goldperle

nach patentiertem Verfahren hergestellt, schäumt  
wundervoll, reinigt mühelos die schmutzige  
Wäsche, gibt ihr frischen Duft und zerstört  
alle Krankheitskeime.

Schäumende Rotstern Bleichsoda nehme man  
zum Einweichen, Putzen und Spülen.

Schutzmarke

**Geiners**  
Telephon Nr. 60611.  
**Billige Lebensmittel**

In Schmalz, Blütenweiss 1 Pfd. 9.80
Tafelmargarine, Blütenweiss 7.80
Eier, au billigsten
Schwarzwildsch, Tageschwein
Rindfleisch 2 Pfd. Dose 8.75
Leberwurst 2 Pfd. Dose 4.75
Corned beef 7.80
In Molterei-Butter Auslandsw. Pfd. 29.00
Äpfel 3.40
Verbohnen 1.50
Erbsen, gelb 1.95
Erbsen, grün 1.80
Griech, weiß 2.80
Strauben 2.80
Reis 2.80
Haferflocken 2.70
Kartoffeln 2.00
Soda 0.75

Reudnitz, Kapellenstraße 10.  
Sellenhaußen, Hiltzstraße 41.

**Partio-  
Schuhwaren**  
Ein großer Posten vorsch.  
Schuhwaren eingetroffen  
und verkauft denselben so-  
lange Vorrat reicht.  
spotbillig  
Heller, Goldhahngäßch. 4

**Anzüge, Hüfen  
Schlüpfer  
Covercoats**  
aus besten Stoffen,  
elegante Nachart,  
verkauft äußerst billig  
Käthe Thiele, Sporer-  
gäßch. 10. 1.  
Rein Laden. 1.

**Rucksäcke**  
Erneut bedeutend herabgesetzt.  
Bester Qualitätsschlepper Lederriemen Eigene solide  
Fabrikate  
**Karl Blalch** Windmühlenstr. 32  
Tauchaer Str. 16.

**Lichtspiele  
Alberf - Halle**  
Ab morgen Freitag  
Nur 4 Tage **Der Melstordetektiv** Nur 4 Tage  
**Harry Hill**  
in  
**ERPRESSER.**  
13. Abenteuer Harry Hills.  
Fabelhafter Sensationsfilm in 5 Akten.  
Außerdem **Fred Horst** in  
**Der Schrein der Medici**  
Spannender Detektivfilm in 5 Akten.  
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.  
Volle Eintrittspreise.

**Licht-UT-Spiele**  
Heute letzter Tag! Nur für Erwachsene!  
Der bekannte Sittensroman von Hans Hvän:  
**„Entgleist“** oder **„Die nicht arbeiten wollen“**  
Ein Monumental-Sitten-Groß-Film aus der Großstadt  
in 6 gewaltigen Akten.  
Erst-Aufführung! **Ab morgen:** Erst-Aufführung!  
Der gewaltige, größte und beste **Conrad-Veidt-Film:**  
**Landstraßen-Großstadt**  
oder **„Vom Glanze verführt“**  
Ein wuchtiges und tragisches Sittenschauspiel  
in 6 großen und spannenden Akten.  
Unüberbietbar in **Conrad Veidt** in diesem  
der Darstellung ist ein Film.  
Eine Glanzleistung dieses großen Künstlers.  
Niemand versäume, sich diesen  
**Rieson-6-Akter-Sittenschlager**  
anzusehen.  
Ab morgen  
täglich 4 1/2 Uhr nachm.  
Sonntag: 3 Uhr.  
Im Herzen der Stadt

**Ohne jede Konkurrenz, noch nie dagewesen!**  
**Ein Beispiel meiner Leistungsfähigkeit!**

In Segeltuch-Spangen- und Bindeschuhe weiß, alles Leder, hoher Abrieb Nr. 60.-	Echt Chevreau - Damen- Spangenschuhe eleg., all. Leder, schwarz, grau, blau Nr. 90.-	In Chevreau - Damen- Schnürschuhe alles Leder, Lacktappe Nr. 125.-
In Borcafs-Dam.-Stiefel elegante Form Nr. 125.-	In Chevr.-Damen-Stiefel alles Leder, Lacktappe Nr. 125.-	In Rindboj-Herr.-Stiefel alles Leder Nr. 120.-
In Chevr.-Damen-Stiefel hochlegant, Lacktappe, alles Leder Nr. 145.-	In Borcafs-Herr.-Stiefel mit Doppel- u. einfachen Sohlen Nr. 160.- bis 185.-	Din. Kinder- u. Mädchen-Stiefel mit nur reine Leder-Ware

**Gewähre vom 1.-10. Juni auf alle Schuhwaren 5 Prozent Rabatt!**  
Sehen Sie sich die Ware an, Sie kaufen sofort, diese günstige Gelegenheit wird nie wieder geboten.

**Fabrik-Niederlage von G. Becker & Co.**  
**Fr. G. Becker, Leipzig, Poststraße 15, Baden**

**Die  
Damenwelt  
Ocean  
Tulipan**  
verwendet  
nur  
Tollente Feinseife  
Blumen-Feinseife  
Alleinige Fabrikanten  
**MITTELDEUTSCHE SEIFENFABRIKEN**  
ANTIENGESELLSCHAFT  
WANDEN-LEIPZIG

**Grasso Versteigerung.**  
Freitag, den 3., und Sonnabend, den 4. Juni, ab  
10 Uhr, verleihere ich im freien Aufst. des Eigentümers  
Gohliser Straße, Nr. 11, 11. 1. Posten Körb-  
möbel für Garten und Haus, Besichtigung von 8 Uhr  
an.  
Das Recht, Auktionator und Taxator  
Gohliser Straße, Nr. 11.

**Paul Baumann  
Fischwaren-Groß-  
Handlung**  
Tel. 14122  
Windmühlenstr. 42  
**Hausfrauen-  
Sorgen**  
Ist es diese Woche nicht mehr.

**Warum?  
Welt bei  
Baumann**  
42 Windmühlenstrasse 42  
**Ein Waggon 10000 Pfd.**  
Praktische, einstufige, 2-4 pfündige  
**Schell-Fische**  
ohne Kopf entfleisch  
1 Pfund 1.25 M. | 3 Pfund 3.50 M.  
Die Qualität ist selten schön, in traumer Verpackung  
und besonders frisch.  
Die besten bratfertigen  
**Fisch-Koteletten 1.50**  
Auf 3 Pfund Schellfisch  
1/2 Pfd. Intel-Genf 1 Pfd. prima Grelle-Würste  
Verpackung in 100 Pfd. Inhalt in traumer  
Verpackung 110 M. - Großes Lager in Salz- und  
Schotten-Hering, Fischmargarine u. Räucher-  
waren zu billigen Preisen.  
NB. Bis Sonnabend 3 Pfund Schellfisch oder 4 Pfund  
Salaherine  
**ohne Geld**  
bei Abgabe von  
**10 Pfund Zeitungspapier.**  
Abonnenten hochachtungsvoll bei Ihren Bestellungen die  
Interessen der Leserschaft berücksichtigen

Generalvertreter für Leipzig: **Paul Hübner**, Leipzig,  
Bayersche Straße 30, Telefon 11061.  
**Prima Schwelneschmalz** . . . Pfund 9.80  
**Corned beef** 1 1/2 Pfd. Dose 10.00 i. Ausf. 7.50  
**In Speck** . . . . . 11.00 u. 12.00  
**In Schwarzwildsch** } ger., Pfund 11.00 u. 12.00  
**Rindertalg** goldgelb . . . . . 3.00  
**Blut- und Leberwurst** . . . . . 4.80  
**Kondensierte Milch** Ideal, kleine Dose 6.00  
Sahne, große Dose 7.50  
**Schneider, Schönefeld** Gohliser  
Straße 30

**Geschäfts-Übernahme.**  
Der geehrten Einwohnerschaft von Lindenu  
zur Kenntnisnahme, daß ich das Restaurant  
**„Wettiner Hof“**  
Wetzschauer Straße 53, von Herrn Högendorf über-  
nommen habe, und bitte, mich in meinem Unter-  
nehmen allseitig zu unterstützen, indem ich beste Be-  
dienung und das Beste aus Küche u. Keller anstrebe.  
Mit aller Hochachtung erachtet  
**Max Junker,**  
Fibeler Betrieb.  
Neu: 12% Friedensbier.

**131 Achtung! 131**  
H. Margarine . . . . . Pfund 7.50  
in Rindfleisch . . . . . 7.50  
Reines Schwelneschmalz . . . . . 8.50  
in geräucherter Speck, fett u. dünn . . . . . 8.50  
in bayrischer Rindsgulasch Kilogramm-Dose 8.50  
**131 Markthalle, Galerie, Stand 131**

**UNIVERSUM**  
Robplatz 6 (Café Bauer) Fernruf 18195/30  
Morgen Erstaufführung!

Spannende Bilder, unerhörte  
Sensationen bei einer logisch  
aufgebauten dram. Handlung

Heute letzter Tag:  
**Am Webstuhl der Zeit.**

**Am  
Marter-  
Pferd**  
Original  
Amerikanischer  
Wid-West film  
in 6 Akten

